

# Stenographischer Bericht

über die

## 8. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 30. März 1921.

### Inhalt:

	<b>Seite</b>
<b>Anfrage:</b>	
Beilagen Nr. 73 bis 89 und Nr. 91	147
<b>Zuweisungen:</b>	
Beilagen Nr. 60 und 62 an den Unterrichts-ausschuß	147
Beilagen Nr. 61, 78, 79, 80 und 46 an den Finanzausschuß	147
Beilagen Nr. 63, 64, 65, 66, 69, 70, 81, 82 und 87 an den Landeskulturausschuß	147
Beilagen Nr. 67 und 68 an den volkswirtschaftlichen Ausschuß	147
Beilagen Nr. 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 84, 85, 86, 88, 89 und 91 an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß	147
<b>Verhandlungen:</b>	
<b>Beilage Nr. 16 Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses.</b>	
Berichterstatter Abg. Jaklitsch	147
Redner „Wihann	148
„ Schifko	148
Annahme des Antrages des Abgeordneten Schifko auf Rückverweisung der Vorlage an den Landeskulturausschuß	148
<b>Beilage Nr. 3, 83. Bericht des Landeskulturausschusses.</b>	
Berichterstatter Abg. Jaklitsch	148
Redner Präsident Dr. Dantine	149
Annahme des Ausschußantrages und des von demselben vorgelegten Gesekentwurfes mit Abänderung des § 4	149
<b>Beilage Nr. 48. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses.</b>	
Berichterstatter Abg. Peintinger	149
Annahme des Ausschußantrages	149
<b>Beilage Nr. 15. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses.</b>	
Berichterstatterin Abg. Mikola	149, 151
Redner „ Sonnhammer	150
Landeshauptmannstellvertreter Dr. Uhrer	150
Abg. Köfler	151, 152
„ Tausk	151, 152
„ Wälfert	152
Annahme des Ausschußantrages	153
<b>Beilage Nr. 14. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses.</b>	
Berichterstatterin Abg. Mikola	153, 154
Redner „ Tausk	153, 154
Landeshauptmannstellvertreter Pongraß	154
Annahme des Ausschußantrages	155
<b>Mitteilungen des Vorsitzenden:</b>	
Anträge (siehe Verzeichnis).	
Anfragen (siehe Verzeichnis).	
Tagesordnung der nächsten Sitzung	178

## Verzeichnis der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge:

- Antrag der Abgeordneten Dr. Uhrer, Pongrafz, Schreckenthal und Dr. Hübler, betreffend die weitere Beitragsleistung zu den Kosten der Amerikanischen Kinderhilfsaktion.  
 Dringliche Behandlung und Annahme des Antrages . . . . . 155
- Antrag der Abgeordneten Wiskany, Dr. Klusmann, Schreckenthal, Lichtenegger und Genossen, betreffend Öffnung der Grenzen zwischen den einzelnen Bundesländern.
- Antrag der Abgeordneten Wiskany, Ferner, Gartner und Genossen, betreffend die Überprüfung der Sebarung der Bezirkswirtschaftsämter und den Abbau derselben.
- Antrag der Abgeordneten Wiskany, Ferner, Gartner und Genossen, betreffend die Änderung des Gesetzes über die Landeswertzuwachssteuer in Fällen der zwangsweisen Enteignung.

### Anfragen:

- Dringliche Anfrage der Abgeordneten Weigelberger, Muchitsch und Genossen an den Landeshauptmann wegen eines Grundverkaufes der Stadtgemeinde Hartberg.  
 (Zurückgezogen).
- Dringliche Anfrage der Abgeordneten Regner, Eiselberger, Fröhlich und Genossen an den Landeshauptmann über das Schicksal der von Seite der Stadtgemeinde Knittelfeld an die Landesregierung (Burg) gerichteten Zuschrift, betreffend die Anforderung von Lagergründen in Knittelfeld.  
 (Zurückgezogen).
- Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Hübler, Schreckenthal und Genossen an den Landeshauptmann, betreffs des Aufenthaltes des Czarkaisers Karl in Ungarn.  
 Begründet durch Landesrat Dr. Hübler, Beantwortung durch den Landeshauptmann 156  
 Wechselrede.
- Redner Präsident Dr. Dantine . . . . . 156  
 Abg. Schreckenthal . . . . . 157  
 Landesrat Refel . . . . . 157  
 Annahme des Beschlussesantrages des Präsidenten Dr. Dantine . . . . . 158
- Dringliche Anfrage der Abg. Oberzaucher, Sonnhammer und Genossen an den Landeshauptmann, wegen Aufbringung von jährlich 5 Millionen Kronen durch das Großkapital zum Zwecke des Ausbaues der Heimwehren.  
 Begründet durch Landesrat Oberzaucher, Beantwortung durch den Landeshauptmann 158, 160  
 Wechselrede.
- Redner Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer . . . . . 160  
 Abg. Sonnhammer . . . . . 164, 174  
 Landesrat Oberzaucher . . . . . 166  
 „ Dr. Hübler . . . . . 166  
 Abg. Kobald . . . . . 168  
 „ Wiskany . . . . . 168  
 Landesrat Refel . . . . . 169, 176  
 Abg. Leichin . . . . . 172  
 „ Seehofer . . . . . 175
- Dringliche Anfrage der Abgeordneten Steffi Walter und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die drohende Schließung der Frauengewerbe-, Koch- und Haushaltungsschule in Graz.  
 Begründet durch Abg. Walter, Beantwortung durch den Landeshauptmann . . 177, 178
- Anfrage der Abgeordneten Primus, Enserer und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend das Verhalten der Finanzlandesdirektion Graz in einer Wohnungsangelegenheit.
- Anfrage der Abgeordneten Fröhlich und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die im Grazer Landhauskeller wiederholt vorkommenden reaktionären, monarchistischen Demonstrationen.
- Anfrage der Abgeordneten Regner, Eiselberger, Fröhlich und Genossen an den Landeshauptmann über das Schicksal der von Seite der Stadtgemeinde Knittelfeld an die Landesregierung (Burg) gerichteten Zuschrift, betreffend die Anforderung von Lagergründen in Knittelfeld.

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 20 Minuten vormittags.

Vorsitzender: Präsident Franz Kölbl.

Schriftführer: die Abgeordneten Georg Gaf, Johann Leichin, Franz Wihany und Dr. Otto Dungen.

Präsident Kölbl: Ich eröffne die achte Sitzung des hohen steiermärkischen Landtages. Es liegt vor eine dringliche Anfrage der Herren Abgeordneten Dr. Hübler, Schreckenthal und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend den Aufenthalt des Erzkaifers Karl in Ungarn. Die Anfrage entspricht den gesetzlichen Anforderungen und ich werde die Debatte über dieselbe am Schlusse der Sitzung abführen lassen.

Des weiteren eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Regner, Eirelberger, Fröhlich und Genossen an den Landeshauptmann über das Schicksal der von seiten der Stadtgemeinde Knittelfeld an die Landesregierung gerichteten Zuschrift, betreffend Anforderung von Lagergründen in Knittelfeld.

Diese Anfrage wird ebenfalls am Schlusse der Tagesordnung erledigt werden.

Desgleichen eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Steffi Walter und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die drohende Schließung der Frauengewerbe-, Koch- und Haushaltungsschule in Graz, Entenplatz 3.

Wird ebenfalls am Schlusse der Tagesordnung erledigt werden.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Weigelberger, Muchitsch und Genossen an den Landeshauptmann wegen eines Grundverkaufes der Stadtgemeinde Hartberg.

Die erforderlichen Unterschriften sind vorhanden; die Wechselrede wird am Schlusse der Tagesordnung abgeführt werden.

Desgleichen liegt vor ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Ahner, Pongraf, Schreckenthal, Dr. Hübler und Genossen auf weitere Beitragsleistung zu den Kosten der amerikanischen Kinderhilfsaktion.

Ich bitte die Abgeordneten, welche dafür sind, daß dieser Antrag dringlich behandelt werde, die Hand zu erheben. (Geschief.)

Die Dringlichkeit ist angenommen und wird am Schlusse der Tagesordnung darüber verhandelt werden.

Aufgelegt sind die Beilagen Nr. 73 bis 89.

Auf Grund des § 29 der Geschäftsordnung werden die in der letzten Sitzung aufgelegten Beilagen Nr. 60 bis 72, und behufs dringlicher Behandlung die heute aufgelegten Beilagen zugewiesen wie folgt:

Beilagen Nr. 60 und 62 an den Unterrichts-ausschuß;

Beilagen Nr. 61, 78, 79 und 80 an den Finanz-ausschuß;

Beilagen Nr. 63, 64, 65, 66, 69, 70, 81, 82 und 87 an den Landeskulturausschuß;

Beilagen Nr. 67 und 68 an den volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Beilagen Nr. 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 84, 85, 86, 88, 89 und 91 an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß.

Die Beilage Nr. 46 (verliert die Überschrift) wurde infolge des vom Landeskulturausschusse hierüber gefaßten Beschlusses dem Finanzausschusse zur Stellungnahme übermittelt.

Hat jemand hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Wir schreiben sohin zur heutigen Tagesordnung:

**Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Wihany, Gartner und Genossen, Beilage Nr. 16, betreffend die Aufhebung der Geflügelhöchstpreise und der Ausfuhrbeschränkungen aus Steiermark in andere Länder des Bundesstaates Deutschösterreich.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Karl Jaklitsch.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses Jaklitsch (von der Rednerbühne): Hohes Haus: Ich habe zu berichten über die Beilage Nr. 16, betreffend die Aufhebung der Geflügelhöchstpreise und der Ausfuhrbeschränkungen aus Steiermark in andere Länder des Bundesstaates Deutschösterreich. Der Antrag lautet (liest):

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Höchstpreise für Geflügel aufzuheben, und
2. die Ausfuhr von Mastgeflügel aus Steiermark in die anderen Bundesländer freizugeben."

Obwohl der Punkt 1 des Antrages überholt ist, hat sich der Landeskulturausschuß mit dem Punkte 2 des Antrages, betreffend die gänzliche Freigabe von Mastgeflügel in die anderen Bundesländer, eingehend beschäftigt und nach Anhörung der Fachreferenten des Landeswirtschaftsrates den Beschluß

gefaßt, einer gänzlichen Freigabe auch innerhalb der Bundesländer überzeit nicht zustimmen zu können, nachdem sonst dadurch die Einhebung einer Ausfuhrprämie für Mastgeflügel in das Zollausland für Steiermark illusorisch würde. Diese Ausfuhrprämie ist auch zur Fleischverbilligung bestimmt und würde bei gänzlicher Freigabe weniger dem Produzenten und Kleinhändler, sondern vielfach den Großfirmen in die Taschen fließen. Der Beschlusantrag des Landeskulturausschusses lautet (liest):

„Der in der Beilage Nr. 16 enthaltene Antrag der Abgeordneten **Wizany**, **Garkner** und **Gennossen**, betreffend die Aufhebung der Geflügelhöchstpreise und der Ausfuhrbeschränkungen aus Steiermark in andere Länder des Bundesstaates Deutschösterreich, wird abgelehnt.“

Ich bitte das hohe Haus, dies zur Kenntnis zu nehmen und dem Antrage des Landeskulturausschusses zuzustimmen.

**Präsident Kölbl**: Wünscht jemand zu diesem Punkte das Wort zu ergreifen? Herr Abgeordneter **Wizany**.

**Abgeordneter Wizany**: Hohes Haus! Die Frage der Freigabe der Geflügelausfuhr in die anderen Bundesländer hat den Landeskulturausschuß in einigen Sitzungen beschäftigt. Die Geflügelproduktion ist ausschließlich ein Produktionszweig, welchen insbesondere die kleinen Grundbesitzer, die Kleinbauern, betreiben. Und nachdem gerade diese kleinen Grundbesitzer durch die Viehwirtschaftung im Kriege und in der Nachkriegszeit schwer betroffen waren, ist es ihnen unmöglich, ihre Viehbestände bisher wieder hochzubringen, und sie fänden ein Aus Hilfsmittel in ihren Geflügelbeständen. Durch die bestehenden Ausfuhrbeschränkungen aber ist der steirische Kleingrundbesitzer kaum in der Lage, dieses Geflügel entsprechend abzusetzen. Die kleineren Geflügelhändler sind vollkommen zu Einkäufern der großen Geflügelfirmen herabgesunken, so daß es diese in der Hand haben, die Preise für die Produzenten nach Gutdünken zu diktieren. Das steirische Mastgeflügel wurde nie für den Grazer Markt produziert, sondern das steirische Mastgeflügel hat immer seinen Absatz nach Wien oder in die verschiedenen großen Kurorte oder in das Zollausland gefunden. Nachdem diese Möglichkeit des Absatzes durch die bestehenden Ausfuhrbeschränkungen unterbunden ist, sieht man, daß große Mengen von steirischem Geflügel in Steiermark nicht absetzbar sind und daß auch durch das Bestehen dieser Ausfuhrbeschränkungen die Ausfuhr in das Zollausland be-

hindert wird, so daß der Kleingrundbesitzer den Schaden und der städtische Konsument keinen Nutzen hat. Aus diesem Grunde erlaube ich mir dem hohen Hause den Antrag zu stellen, die Ausfuhr von Geflügel aus Steiermark in andere Länder freizugeben.

**Abgeordneter Schifko**: Weil in diesem Gegenstande verschiedene Ansichten verbreitet sind, erlaube ich mir den Antrag zu stellen, diesen Antrag dem Landeskulturausschuße zur neuerlichen Beratung rückzuverweisen.

**Präsident Kölbl**: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; ich bringe daher den Rückverweisungsantrag zur Abstimmung.

(Der Antrag auf Rückverweisung an den Landeskulturausschuß wird angenommen.)

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Landeskulturausschusses über den Bericht des Landesrates, Beilage Nr. 3, betreffend Änderung des Gesetzes vom 14. April 1915, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 42, über den Schutz der Alpenflora (Beilage Nr. 83).**

Berichterstatter ist gleichfalls Herr Abgeordneter **Jaklitsch**.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses **Jaklitsch** (von der Rednerbühne): Ich habe weiter zu berichten über die Beilage Nr. 83, Bericht des Landeskulturausschusses über den Bericht des Landesrates, Beilage Nr. 3, betreffend Änderung des Gesetzes vom 14. April 1915, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 42, über den Schutz der Alpenflora.

Der Landeskulturausschuß hat dem in der Beilage gestellten Antrage der Landesregierung, betreffend Änderung des Gesetzes vom 14. April 1915, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 42, über den Schutz der Alpenflora mit dem Zusatze zugestimmt, daß die im § 1 dieses Gesetzes unter e und g angeführten Pflanzen Federnelke und Alpenrosen zu streichen sind. Das Gesetz hat demnach den in der Beilage enthaltenen Wortlaut.

Das Gesetz liegt dem hohen Hause vor, und glaube ich von einer Verlesung desselben Abstand nehmen zu können.

Der Landeskulturausschuß stellt folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle nachfolgendes Gesetz, womit das Gesetz vom 14. April 1915, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 42, betreffend den Schutz der Alpenflora, abgeändert wird, beschließen und die Landesregierung ermächtigen, allfällige notwendige unwesent-

liche Änderungen im Gesetzestexte selbst vorzunehmen."

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Präsident **Dr. Dankine**: Ich möchte nur vorschlagen, die Strafbestimmung im § 4 zu ändern; sie lautet nämlich (liest):

„Die Übertretungen der Vorschriften des § 1 werden von den politischen Behörden mit Geldstrafen von 2 bis 20 K und im Wiederholungsfalle bis 50 K geahndet.“

Dies ist eine ganz unzureichende und unwirksame Strafbestimmung. Ich beantrage daher, diesen Paragraphen dahin zu ändern, daß es heißen soll: „Mit Geldstrafen von 50 bis 500 K.“ Vom Wiederholungsfalle wäre gar nicht zu reden, weil ja ohnedies im Strafverfahren der Wiederholungsfall ein erschwerender Umstand ist. Dieses Strafmaß deckt sich auch mit dem in der jetzigen Session behandelten Gesetze mit der den Bürgermeistern zugestandenen Straf Wirksamkeit; auch hier können Geldstrafen bis zu 500 K verhängt werden. Es ist also dieses Strafmaß ein passender Maßstab für dieses Gesetz; es würden also die Worte: „2 bis 20 K und im Wiederholungsfalle bis 50 K“ wegfallen und es einfach heißen: „von 50 bis 500 K“.

Präsident **Kölbl**: Wünscht noch jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bringe sodann zuerst den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung.

Präsident **Dr. Dankine**: Ich bitte, zur Geschäftsordnung. In erster Linie muß doch der Abänderungsantrag zur Abstimmung gebracht werden.

Landesrat **Reisel**: Ich glaube, im vorliegenden Falle ist in folgender Weise abzustimmen: Es ist zuerst über den Antrag mit Weglassung der Ziffern über das Strafmaß abzustimmen und dann über die Strafziffern.

Präsident **Dr. Dankine**: Vielleicht schließt sich der Herr Berichterstatter meinem Antrage an.

Berichterstatter **Jaklič**: Ich nehme den Antrag des Herrn **Dr. Dankine** als den meinigen Antrag auf und bitte, denselben anzunehmen.

Präsident **Kölbl**: Ich bringe also den Antrag in der vom Herrn Berichterstatter vorgeschlagenen Form zur Abstimmung.

(Der Antrag des Landeskulturausschusses und der von demselben vorgelegte Gesetzentwurf mit der Abänderung des § 4 in der von **Dr. Dankine** vorgeschlagenen Form wird angenommen.)

Punkt 3:

Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, Beilage Nr. 48, betreffend die Freizügigkeit der Landwirtschaftslehrer.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Peintinger**.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses **Peintinger** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich habe zu berichten über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Freizügigkeit der Landwirtschaftslehrer. Der Verein der Landwirtschaftslehrer Steiermarks hat gebeten, grundsätzlich bei Übernahme aus einem anderen österreichischen Landesdienste die Anrechnung dieser Vordienstzeit auszusprechen. Es ist dies eine gewiß berechtigte Forderung, weil, wenn wir tüchtige Landwirtschaftslehrer aus anderen Ländern heranziehen wollen, auch ihre Vordienstzeit in Anrechnung gebracht werden muß, damit wir derartige Kräfte bekommen. Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Im Interesse eines tüchtigen Nachwuchses von Landwirtschaftslehrern ist jenen Ländern gegenüber, die wechselseitig bei Übernahme solcher Lehrer die Vordienstzeit im anderen Lande anrechnen, in gleicher Weise vorzugehen.“

Der Landeskulturausschuß hat sich mit diesem Antrage befaßt und empfiehlt dem hohen Hause, denselben anzunehmen.

(Der Antrag des Landeskulturausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Präsident **Kölbl**: Punkt 4:

Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten **Mikola, Jenz** und **Genossen**, Beilage Nr. 15, betreffend die Errichtung einer den bestehenden Vorschriften entsprechenden mehrjährigen Pflegerinnenschule in Verbindung mit kürzeren Einführungs- und Fortbildungskursen für Wärterinnen und Pflegerinnen und der Vorbereitung für die Diplomprüfung.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete **Mikola**.

Berichterstatterin des volkswirtschaftlichen Ausschusses **Mikola** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Der volkswirtschaftliche Ausschuß hat mich beauftragt, den Antrag in der Beilage Nr. 15, betreffend die Errichtung einer den bestehenden Vorschriften entsprechenden mehrjährigen Pflegerinnenschule in Verbindung mit kürzeren Einführungs- und Fortbildungskursen für

Wärterinnen und Pflegerinnen und der Vorbereitung für die Diplomprüfung, dem hohen Hause zur Genehmigung vorzulegen.

Die Notwendigkeit und Bedeutung der Errichtung von Pflegerinnenschulen in Österreich erhellt daraus, daß bereits verschiedene darauf abzielende Erlässe in den letzten Jahren herausgekommen sind, und auch aus der Tatsache, daß bereits in Wien, Innsbruck und Linz solche Pflegerinnenschulen bestehen. Auch in Steiermark hat man sich seit Jahren mit der Frage der Errichtung von Pflegerinnenschulen im Lande befaßt und bereits im Jahre 1912 hat sich der Landesauschuß bereit erklärt, die bestandene Pflegerinnenschule in eine allgemeine Pflegerinnenschule umzuwandeln. Im Jahre 1913 sind dann weitere Erlässe herausgekommen, in welchen sowohl das Land als auch der Staat die Bewilligung zur Errichtung einer solchen Pflegerinnenschule gegeben haben, der Staat hat sich sogar verpflichtet, einen Beitrag von 50 Prozent zu den Kosten der Errichtung und von 40 Prozent zu den Kosten der Erhaltung der Schule zu geben. Es ist dann der Krieg gekommen, und im Jahre 1916 ist dann ein Ansuchen der Barmherzigen Schwestern wegen Errichtung einer geistlichen Pflegerinnenschule vorgelegen und diese haben dann die Bewilligung seitens des Landes und Staates zur Errichtung einer solchen geistlichen Pflegerinnenschule erhalten. Der Notwendigkeit, den jetzigen Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen, hat man es dann für zweckmäßig gefunden, diese geistliche Pflegerinnenschule in eine allgemeine, den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Pflegerinnenschule umzuwandeln und die geistlichen Schwestern haben sich hierzu bereit erklärt. In der Bewilligung zur Errichtung einer solchen allgemeinen Pflegerinnenschule und der unentgeltlichen Überlassung von Räumen im Krankenhause in der Paulustorgasse hat die Landesregierung die Bedingung gestellt, daß auch weiterhin geistliche Schwestern das Recht hätten, an der allgemeinen Pflegerinnenschule teilzunehmen. Der volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich eingehend mit dieser Frage befaßt und hat auch mit absoluter Stimmenmehrheit beschlossen, den Antrag mit einigen Abänderungen, die seitens der Antragsteller selbst vorgebracht wurden, anzunehmen. Es sei nur nebenbei bemerkt, daß die angeführten kürzeren Einführungs- und Fortbildungskurse für Wärterinnen und Pflegerinnen nicht etwa gedacht sind, Krankenpflegerinnen und Krankenschwestern heranzubilden, sondern sie sollen nur ein Behelf sein, um Wärterinnen und Pflegerinnen die Möglichkeit zu geben, ihren Beruf voll und ganz zu erfüllen. Der abgeänderte Antrag, welchen die Mehr-

heit des volkswirtschaftlichen Ausschusses angenommen hat, lautet wie folgt (liest):

„1. Die bewilligte Pflegerinnenschule ist in eine allgemeine, den gesetzlichen Vorschriften entsprechende mehrjährige Pflegerinnenschule mit Internat seitens des Landes umzuwandeln;

2. dieselbe wird in den bereits im Direktionsgebäude des Paulustorspitals bewilligten Räumen ehestens errichtet unter der Bedingung, daß der Staat die am 22. November 1913 gemachten Zusagen betreffs des 50prozentigen Beitrages zu den Errichtungs- und des 40prozentigen Beitrages zu den Erhaltungskosten einhält;

3. in Verbindung mit der Schule werden nach Tunlichkeit Vorbereitungskurse für die Diplomprüfung und kürzere Einführungs- und Fortbildungskurse für Wärterinnen und Pflegerinnen abgehalten. Die Zusammensetzung des Lehrkörpers wird durch die Landesregierung der Bundesregierung zur Genehmigung vorgelegt und die Schule bildet den Mittelpunkt für die Ausgestaltung des Pflegewesens in Steiermark.“

Es wird dem Hause nahegelegt, den Antrag in dieser Fassung anzunehmen und seine Zustimmung dazu zu geben.

Abgeordneter **Sonnhammer**: Über die Notwendigkeit der Errichtung der Pflegerinnenschule herrscht auch in der Fraktion meiner Partei keine Unklarheit. Ich möchte jedoch darauf verweisen, daß der § 14 der Geschäftsordnung des Landtages bestimmt, daß Anträge, nach welchen eine über den Landesvoranschlag hinausgehende finanzielle Belastung des Landes eintreten würde, der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung nur unterzogen werden dürfen, wenn sie zugleich Vorschläge darüber enthalten, wie der Mehraufwand zu decken ist. Es ist mir nun nicht erinnerlich, daß im Voranschlag irgendwelche Beträge für diese Pflegerinnenschulen als Bedeckung eingestellt worden sind, und ich weiß mich auch nicht zu erinnern, ob im Finanzausschusse darüber verhandelt worden ist. Es ist also nach dem klaren Wortlaute der Geschäftsordnung nicht zulässig, über diesen Antrag bereits heute abzustimmen und beantrage ich daher die Verweisung des Antrages an den Finanzausschuß. Für den Fall, als dieser Antrag nicht angenommen werden sollte, behalte ich mir vor, einen Abänderungsantrag zu Punkt 2 des Antrages zu stellen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ahrer**: Ich kann mich der Ansicht des Herrn Vorredners nicht akkomodieren. Was die Einstellung eines Betrages in

den Voranschlag betrifft, wird hinlänglich Gelegenheit sein, bei Behandlung des Budgets darüber zu reden.

Abgeordneter **Köfler**: Herr Abgeordneter **Sonnhammer** hat schon betont, daß unsere Fraktion mit dem Vorschlage der Errichtung einer Pflegerinnen-schule einverstanden ist. Womit wir aber nicht einverstanden sein können, ist, daß die Schule am Krankenhaus in der Paulustorgasse errichtet werden soll. Jedermann weiß, daß das Krankenhaus in der Paulustorgasse vollkommen unzulängliche Räume besitzt, die den Anforderungen der Hygiene absolut nicht entsprechen. Die Notwendigkeit, die Schule dort zu errichten, besteht nicht, nachdem wir doch eine Klinik besitzen, wo der Unterricht theoretisch und praktisch erteilt werden kann. Ich stelle den Abänderungsantrag zu Punkt 2 (liest):

„Das Internat der Schule wird in den bereits im Direktionsgebäude des Paulustorspitals bewilligten Räumen errichtet, der theoretische und praktische Unterricht wird an der Klinik erteilt.“

(Der Antrag wird unferstützt.)

Abgeordnete **Tausk**: Ich möchte auch den Antrag des Herrn Abgeordneten **Sonnhammer** unferstützen. Für den Fall aber, daß dieser Antrag abgelehnt werden sollte, schließe ich mich den Ausführungen der Frau Abgeordneten **Köfler** an. Überdies möchte ich mir eine Bemerkung erlauben: Ich bin überzeugt, daß auf der Gegenseite sehr viele tüchtige Krankenpflegerinnen vorhanden sind, die wohl in der Lage sind, einen Kranken aus einem Bett in das andere Bett zu legen; ob sie aber in der Lage sein werden, den Lehrkörper der Bundesregierung zur Genehmigung vorzulegen, das ist eine andere Frage. Ich bitte einmal diesen Punkt 3 des Antrages zu lesen.

„Der Lehrkörper wird durch die Landesregierung der Bundesregierung zur Genehmigung vorgelegt und bildet den Mittelpunkt für die Ausgestaltung des Pflegewesens in Steiermark.“

Es hat im vorigen Landtage der provisorischen Landesversammlung der deutsch-nationale Abgeordnete **Pichler** den Antrag gestellt, den auch der Landtag angenommen hat, daß sich die Ämter und Schulen die liebevolle Pflege der deutschen Sprache angelegen sein lassen sollen. Eine derartige Mißhandlung der deutschen Sprache wie in dem vorliegenden Punkte 3 des Antrages sollten sich die Krankenpflegerinnen nicht zu schulden kommen lassen. Die deutsche Sprache ist ohnedies krank und wird genug mißhandelt.

Ich werde mir erlauben, folgenden Abänderungsantrag zu Punkt 3 zu stellen, welcher nunmehr zu lauten haben wird (liest):

„3. In Verbindung mit der Schule werden nach Tunlichkeit Vorbereitungskurse für die Diplomprüfung und kürzere Einführungs- und Fortbildungskurse für Wärterinnen und Pflegerinnen abgehalten. Die Ernennungen der Lehrkräfte werden durch die Landesregierung der Bundesregierung zur Genehmigung vorgelegt. Die Schule bildet den Mittelpunkt für die Ausgestaltung des Pflegewesens in Steiermark.“

Präsident **Kölbl**: Es meldet sich niemand mehr zum Worte. Ich erteile der Frau Berichterstatterin das Schlußwort.

Berichterstatterin **Mikola**: Hohes Haus! Zu der letzten Bemerkung der Frau Abgeordneten **Tausk** möchte ich bemerken, daß sie überhört hat, daß ich bereits diese stilistische Änderung des Antrages in der Vorlage gebracht habe, indem ich gesagt habe: „Die Zusammensetzung des Lehrkörpers wird durch die Landesregierung der Bundesregierung zur Genehmigung vorgelegt.“ Diesbezüglich können Sie also beruhigt sein.

Was die finanzielle Frage anlangt, möchte ich die Aufklärung geben, daß das Land seit 1912 ununterbrochen in verschiedenen Fällen sich bereit erklärt hat, die Auslagen für den Unterhalt, die Wohnung, die Wäsche, auch für die Verköstigung der Pflegepersonen zu übernehmen. Ich glaube, daß das Land heute nicht anders denken und sprechen wird, als es im Jahre 1918 gesprochen hat, als es den geistlichen Schwestern diese Bewilligung erteilt hat. Was den Staat anbelangt, kann ich zur Beruhigung des hohen Hauses folgendes mitteilen: Am 14. Februar 1921 ist ein Schreiben des Ministeriums für soziale Verwaltung an eine Organisation in Graz eingelangt, in welchem es heißt (liest):

„Das Volksgesundheitsamt legt auf ehefte Errichtung und Eröffnung einer den bestehenden Vorschriften entsprechenden Krankenpflege-schule in Graz ganz besonderen Wert, zumal bereits nicht nur in Wien, sondern auch in Linz, sowie in Innsbruck Krankenpflege-schulen bestehen, und die staatliche Sanitätsverwaltung schon im Juni 1913 die Errichtung einer Krankenpflege-schule im Anschluß an die Landes-Krankenhaus-filiale am Paulustor und an die Kinderklinik angeregt hat.“

In diesem Schreiben ist ein zweifaches zu ersehen: Erstens beruft sich das Volksgesundheitsamt auf den Erlaß vom Juni 1913. In dem Erlasse vom Juni 1913 sind die Zusicherungen des Staates bezüglich des 40-prozentigen Kostenbeitrages zur Erhaltung der Schule inbegriffen, also hat das Staatsamt großen Wert auf

die Schule gelegt und gleichzeitig mitbefont, daß es die Kosten der Miterhaltung tragen wird. Ferner möchte ich mit Bezug auf die Worte der Frau Abgeordneten Köstler betonen, daß das Volksgesundheitsamt einen besonderen Wert darauf legt, daß die Schule am Paulustor errichtet werde. Ich glaube, deshalb sollte man daran festhalten und es sollte das hohe Haus sich heute zu dem Antrage entschließen, zur Errichtung der Pflegerinnenschule am Paulustor seine Zustimmung zu geben. Ich ersuche daher das hohe Haus, die Genehmigung dazu heute schon zu erteilen.

Präsident Köstl: Wünscht noch jemand das Wort? (Abgeordnete Tausk: „Die Frau Berichterstatterin hat doch schon das Schlusswort gesprochen!“)

Abgeordnete Walter: Auch ich möchte den Antrag auf das wärmste unterstützen und möchte mich für die Errichtung dieser Pflegerinnenschule am Paulustore einsetzen. Ich möchte betonen, daß ich besonderen Wert darauf lege, die Schule am Paulustore eröffnet zu sehen, erstens wegen der außerordentlich zentralen Lage, und zweitens, weil der ehemalige Lehrkörper der ersten Pflegerinnenschule sich am Paulustore befindet. Vor acht oder zehn Jahren hat bereits eine Pflegerinnenschule im Städtischen Spital bestanden, und mit der Auflösung dieses Spitals ist auch die Pflegerinnenschule aufgelöst worden. Die Kriegsverhältnisse haben es unmöglich gemacht, sie wieder zu eröffnen. Der ganze Lehrkörper, der sich praktische Kenntnisse erworben hat, ist jetzt am Paulustore, und wenn er zum Lehrkörper ernannt werden sollte, so würde er wieder zum größten Teile diese Schule übernehmen können.

Was das Bedenken der Frau Abgeordneten Köstler betrifft, daß die Räume am Paulustore nicht mehr der modernen Hygiene entsprechen, so möchte ich sagen, daß, seitdem die Gebärklinik und der sogenannte Herbersteintrakt aufgelöst sind, die unhygienischen Räume weggefallen sind und daß die jetzigen Klinikzimmer licht und groß sind und daß die Operationsräume als einwandfrei bezeichnet werden können, wie Sie aus den Ausführungen des Herrn Professors Herfle wissen werden. Ich möchte mich auf das wärmste dafür einsetzen, daß die Schule am Paulustore errichtet werden möge, da die Errichtung dieser Schule an einem anderen Punkte der Stadt große Schwierigkeiten zur Folge hätte, da man nicht verlangen kann, daß jemand nach Eggenberg oder Sankt Leonhard zu Fuß laufen oder aber die großen Tramwaypreise zahlen soll. Ich schließe mich daher dem Antrage der Frau Berichterstatterin an.

Abgeordnete Tausk: Nachdem die Debatte dadurch wieder eröffnet wurde, daß der Vorsitzende nach dem Schlussworte der Frau Berichterstatterin einer anderen Abgeordneten das Wort erteilt hat, so kann auch ich mich nicht enthalten, in der Sache das Wort nochmals zu ergreifen.

Es hat seit jeher den modernen Tendenzen eines Krankenhauses entsprochen, ein Krankenhaus außerhalb der Stadt zu verlegen, und es hat nicht als Vorteil gegolten, wenn es mitten in der Stadt gelegen war. Es ist doch das Prinzip vorherrschend, das Krankenhaus außerhalb der Stadt zu verlegen, wo Licht und Luft vorhanden ist und wo nicht die Umgebung durch die Infektionsgefahr gefährdet wird. Außerdem steht das Krankenhaus am Paulustor vor der Schließung. Der Grazer Gemeinderat hat sich wiederholt mit der Frage befaßt, das Krankenhaus zu schließen, damit nicht die unglücklichen Kranken dort untergebracht werden müssen, wo die Krankheit schwerer zu ertragen ist, als in dem modernen, sonnigen Krankenhaus in St. Leonhard. Das Krankenhaus am Paulustor entspricht den modernen Anforderungen in keiner Weise, es hat auch nicht die modernen Behelfe für die Schuleinrichtung, für die Hochschüler, die unterrichtet werden sollen. In der Gegenwart ist es doch zweckmäßig, eine Klinik nicht in dem veralteten, vermoderten Hause am Paulustore zu errichten. Wir sind leider nicht in der Lage, den Antrag auf Auflösung des Krankenhauses am Paulustore durchzusetzen, weil der Antrag im Gemeinderate erst in den letzten Tagen abgelehnt worden ist. Wir werden aber darauf bestehen, daß eine moderne Anstalt dort nicht mehr errichtet werde und daß die Pflegerinnenschule nur mit den modernsten Behelfen geführt werden soll; und das ist selbstverständlich nur in dem modernen Krankenhause in St. Leonhard möglich, wo die Klinik vorhanden ist.

Abgeordnete Köstler: Hohes Haus! Ich möchte nur bemerken, daß ich den Widerstand, die Schule an der Klinik zu errichten, nicht begreifen kann. Wenn man eine Klinik besitzt, wo, wie die Frau Abgeordnete Tausk bemerkt hat, alles vorhanden ist, was für eine Schule notwendig ist, und wo jede Krankenpflegerin mit der modernen Technik vertraut gemacht wird, so ist es nicht zu begreifen, warum man gerade die Schule dort errichtet, wo alle Voraussetzungen zu einer tüchtigen Schulung der Pflegerinnen fehlen. Das ist mir unbegreiflich. Warum dieser Widerstand entgegengesetzt wird, das kann ich nicht verstehen.

Präsident Köstl: Hiemit ist die Debatte erschöpft und ich bringe zuerst den Rückverweisungsantrag des



Herrn Abgeordneten **Sonhammer** zur Abstimmung. Ich ersuche daher jene Mitglieder des Landtages, welche für die Rückverweisung stimmen, die Hand zu erheben. (Geschickt.) Das ist nicht die erforderliche Majorität. Der Rückverweisungsantrag erscheint daher abgelehnt. Ich bringe nunmehr den Abänderungsantrag der Abgeordneten **Rößler**, **Tausk** und Genossen zur Abstimmung, dahin laufend, daß Punkt 2 des Antrages der Frau Berichterstatterin abgeändert werde. Dieser Punkt hätte zu lauten: „Das Internat der Schule wird in den bereits im Direktionsgebäude des Paulustorspitals bewilligten Räumen errichtet. Der theoretische und praktische Unterricht wird an der Klinik erteilt.“

Ich ersuche jene Abgeordneten, welche für die vorgeschlagene Abänderung des Punktes 2 sind, die Hand zu erheben. (Geschickt.) Auch dieser Abänderungsantrag ist abgelehnt. (Abgeordneter **Leichin**: „Der Fortschritt ist immer dort drüben!“) Ich bringe nunmehr den Vorschlag der Frau Berichterstatterin zur Abstimmung und ersuche jene Abgeordneten, welche für die vom Berichterstatter in Vorschlag gebrachte Fassung des Antrages sind, die Hand zu erheben. (Geschickt.) Der Antrag erscheint mit der erforderlichen Majorität angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **mündliche Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Mikola, Steinberger und Genossen, Beilage Nr. 14, betreffend die Ausbildung von Aufsichtsorganen für die Ziehkinderaufsichtsstellen.**

Berichterstatterin ist gleichfalls die Frau Abgeordnete **Mikola**, der ich das Wort erteile.

Berichterstatterin des volkswirtschaftlichen Ausschusses **Mikola** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Es liegt der Antrag der Abgeordneten **Mikola**, **Steinberger** und Genossen, Beilage Nr. 14, betreffend die Ausbildung von Aufsichtsorganen für die Ziehkinderaufsichtsstellen vor. Das schnelle Inkrafttreten des Ziehkinderaufsichtsgesetzes hatte zur Folge, daß durch den Mangel an ausgebildeten Fürsorgerinnen eine große Anzahl von anderen Personen für die Ziehkinderaufsicht angestellt werden mußten, welche nicht die nötige Vorbildung hatten und welche nicht mit den Grundsätzen der Fürsorge vertraut waren.

Abgeordnete **Tausk**: Ich weiß nicht, wie der Antrag gemeint ist. (Liest):

„1. Die Organisierung der Ziehkinderaufsichtsstellen im Wege des Landesjugendamtes planmäßig auszugestalten.“ Das ist ganz genau vorgeschrieben. Das

Jugendamt hat seine Kompetenz genau umschrieben und wird nicht auf diesen Antrag gewartet haben. (Liest):

„2. Eine sorgfältige Auswahl und Prüfung der Aufsichtsorgane vorzunehmen.“ Sollen wir von dem Jugendamte oder den Beamten oder dem Referenten erwarten, daß sie warten, bis ein Antrag kommt, die Auswahl und Prüfung der Aufsichtsorgane vorzunehmen? Das ist eine Geschäftshuberei und kein Antrag. (Liest):

„3. Für eine entsprechende Entlohnung der Aufsichtsorgane Sorge zu tragen.“ Das ist ein Antrag, der, wenn er ordentlich überlegt worden wäre, dem Finanzausschusse hätte zugewiesen werden sollen, weil nach der Geschäftsordnung alle Anträge, die eine Bedeckungsfrage betreffen, dem Finanzausschusse zugewiesen werden müssen. Wir haben keine Bedeckung für die Entlohnung der Aufsichtsorgane, weil nach dem Gesetze darauf reflektiert wird, daß lauter Freiwillige angestellt werden können.

4. Ist hier ein Antrag (liest):

„Mit der Schulung von Pflegeaufsichtspersonen durch Einführung von praktischen Lehrkursen sofort zu beginnen, und zwar durch:

- a) Stadtkurse mit zweimonatiger Dauer, die regelmäßig in Graz abzuhalten sind;
- b) Bezirkskurse am Hauptorte der Fürsorgebezirke im Ausmaße von 14 Nachmittagen nach örtlicher Zweckmäßigkeit.“

Das ist der einzige Teil des Antrages, der überhaupt einem Antrage gleichschaut. Nun muß ich schon sagen, daß ich von diesen Schnelliederkursen sehr wenig halte. Freiwillige Kräfte werden sehr selten Gelegenheit finden, auf zwei Monate in die Stadt zu gehen, um sich einer solchen Ausbildung zu unterziehen und sich hernach der freiwilligen Ziehkinderaufsicht zu widmen. Das können einige bevorzugte wohlhabende Damen tun, von denen aber bekannt ist, daß sie nicht allzu häufig sich einer solchen sozialen Hilfsstelle zur Verfügung stellen. Andere aber, die gezwungen sind, von der Hände Arbeit zu leben, können sich diesen Luxus nicht erlauben, weil ihnen die Möglichkeit nicht geboten ist, ohne irgend etwas zu leben. Aber immerhin wären solche Kurse wünschenswert, weil der Mensch nie zu viel wissen kann. Praktischer wäre es schon, wenn die freiwilligen Kräfte mit den Fürsorgerinnen in der Praxis etwas lernen, denn davon hat man etwas, während man z. B. davon, wie viele Grad ein rechter Winkel hat, in den alten Tagen nichts hat. Also für diesen vierten Teil des Antrages könnte man schon stimmen, aber die anderen Punkte haben überhaupt

keine Bedeutung. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß bei diesen Kursen oft nichts anderes als politische Propaganda herausgeschaut hat. Die christlichsoziale Partei ist unter der Flagge von Krankenpflegerinnen-schulen hinausgegangen, hat 8- bis 14tägige Kurse abgehalten, die ganze katholische Frauenorganisation ist ausgerückt, der Dechant und der Kaplan, das ganze war eine Wahlpropaganda, aber von der Krankenpflege haben die Leute nicht viel gespürt. Das ist des Pudels Kern, der wahre Sinn des Antrages; aber schließlich werde ich für die Schulung immerhin sein, obwohl ich diese kurzen Kurse nicht für zweckmäßig halte, weil dabei absolut nichts herauschaut. Ich bin also bereit, unter Hinweglassung der ersten drei Punkte für den vierten Punkt und eventuell auch für den fünften Punkt zu stimmen.

Berichterstatterin **Mikola**: Hätte die Frau Abgeordnete **Tausk** es nicht so eilig gehabt, das Wort zu nehmen, so daß ich nicht einmal in der Lage war, meinen Antrag zu begründen (Widerspruch der Abgeordneten **Tausk**), dann hätte sie sich die unnötigen Worte ersparen können.

Ich möchte nun zu den Ausführungen der Vorrednerin folgendes bemerken. Sie hat den ersten Punkt des Antrages bekräftigt. Ich meine, daß das nicht notwendig gewesen wäre, denn, wenn ich meine Begründung hätte vorher halten können, wollte ich sagen, daß sich eine zweifache Notwendigkeit dazu ergeben hat, einerseits die weiteren Kreise der Bevölkerung über die Bedeutung der Ziehkinderfürsorge aufzuklären durch sogenannte Land- und Wanderkurse, die an Sonntagen abzuhalten wären, und in diesen Kursen zeigt es sich, welche Personen ein besonderes Interesse haben für die Hilfsfürsorge, und da würden sich viele melden als Ziehkinderaufsichtszorgane. Das entspricht auch dem zweiten Punkt, eine sorgfältige Auswahl und Prüfung der Aufsichtszorgane vorzunehmen, denn, wenn man mit Leuten zusammenkommt und diese viel näher kennen lernt, wird man viel leichter diejenigen herausfinden, die sich am besten für diesen Dienst eignen.

Was nun eine entsprechende Entlohnung der Aufsichtszorgane anbelangt, dürfte ja bekannt sein, daß diesen eine kleine Entschädigung schon heute gegeben wird; umsomehr können Sie versichert sein, daß in Zukunft auch eine Erhöhung derselben eintreten kann.

Was nun das bedeutet, daß die Frau Abgeordnete **Tausk** für sogenannte Schnelliederkurse nicht zu haben wäre, möchte ich bemerken: wir stehen auf dem grundsätzlichen Standpunkte, daß kürzere Kurse nicht

so sehr zum Ersparen der Kosten für die Ausbildung von Fürsorgerinnen gedacht sind, wohl aber behilflich sein sollen, freiwillige Fürsorgerinnen für das Ziehkinderwesen heranzubilden und ihnen zu zeigen, welche Rechte und Pflichten da zu erfüllen sind, und da können sie nie genug gelernt haben.

Bezüglich der städtischen Kurse kann ich nur bemerken, daß jene Fachleute, die sich mit diesen Kursen befassen, das Gegenteil gemeint haben und noch auf eine dreimonatige Kursdauer Wert gelegt hätten. Im übrigen glaube ich, ist auch die Frau Abgeordnete **Tausk** mit den anderen Punkten einverstanden und habe ich dazu nichts zu sagen.

Was nun die Wanderkurse für Krankenpflege anbelangt, so meine ich, ist es nur Sache Ihrer Organisationen, wenn Sie wollen, auch solche Kurse abzuhalten. Es ist selbstverständlich, daß dann auch die Bevölkerung sich für diese Kurse interessieren wird, und wenn jemand es versteht, sich bei der Bevölkerung verständlich zu machen und sie für diese Frage zu interessieren, steht es frei, den Organisationen den Dank abzustatten. Ich glaube, daß weiter nichts zu sagen wäre.

Ich bitte nun das hohe Haus, dem Antrage, der den volkswirtschaftlichen Ausschuß passiert hat und von diesem mit absoluter Majorität in unveränderter Form auch angenommen wurde, auch heute seine Zustimmung zu geben.

Abgeordnete **Tausk**: Ich beantrage die punktweise Abstimmung.

Präsident **Kölbl**: Ich bitte jene Abgeordneten, welche für den Antrag der Frau Abgeordneten **Tausk** sind, daß über diesen Antrag punktweise abgestimmt werde, die Hand zu erheben. (Geschickt.) Der Antrag erscheint abgelehnt.

(Zwischenrufe: „Das gibt es nicht!“)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraf**: Zur Geschäftsordnung. Wenn von irgend einer Seite ein Einwand erhoben wird gegen einen Punkt des Antrages, so ist schon ex præsidio zu veranlassen, daß über diesen Antrag punktweise abgestimmt wird. Dazu ist eine Bestimmung der Geschäftsordnung nicht notwendig, sondern der Präsident hat zu veranlassen, daß über den Antrag punktweise abgestimmt wird, damit der wahre Wille des Hauses zum Ausdruck kommt, denn das Haus kann ja einen Teil des Antrages einstimmig annehmen, während ein anderer Teil desselben mit Mehrheit angenommen wird. Deshalb glaube ich, daß der Präsident über die Punkte 1 bis 3 gesondert die Abstimmung einzuleiten hat, während über die

Punkte 4 und 5 gemeinsam abgestimmt werden kann, weil dagegen kein Widerstand erhoben wurde.

Präsident Kölbl: Ich bringe also zuerst den Punkt 1 in der von der Berichterstatterin vorgeschlagenen Form zur Abstimmung (liest):

„Das hohe Haus wolle beschließen:

1. Die Organisierung der Ziehkinderaufsichtsstellen im Wege des Landes-Jugendamtes planmäßig auszugestalten.“

Ich ersuche diejenigen Abgeordneten, welche für diesen Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach Auszählung des Hauses.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen. (Liest):

2. „Eine sorgfältige Auswahl und Prüfung der Aufsichtsorgane vorzunehmen.“

Ich ersuche jene Abgeordneten, welche für die Fassung des Punktes 2 in dieser Form sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen. (Liest):

3. „Für eine entsprechende Entlohnung der Aufsichtsorgane Sorge zu tragen.“

(Der Antrag wird angenommen.)

Wird gegen die vorliegende Fassung der Punkte 4 und 5 ein Einwand erhoben? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Ich ersuche daher diejenigen Abgeordneten, welche die Punkte 4 und 5 annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung des Dringlichkeitsantrages der Abgeordneten Dr. Uhrer, Pongraf, Schreckenthal und Hübler, betreffend die weitere Beitragsleistung zu den Kosten der Amerikanischen Kinderhilfsaktion.

Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer das Wort zur Begründung des Antrages.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer: Im Einverständnis mit allen Parteien habe ich folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Auf Grund einer der Landesregierung in der 36. Sitzung des Landtages am 17. Juli 1920 nach dem Berichte des Finanzausschusses zur Beilage Nr. 480 erteilten Ermächtigung hatte die Landesregierung mit dem Kommissariate für Steiermark der Amerikanischen Kinderhilfsaktion einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem durch Beistellung eines Teiles des notwendi-

gen Mehls für täglich 36.000 Portionen die Amerikanische Kinderauspeisung bis 31. Mai 1921 gesichert wurde.

Die Direktion der „American-Relief-Administration“ in Wien fragt nun an, ob für den Fall, als diese Auspeisung, die vorläufig bis 1. September 1921 ferminiert ist, fortgesetzt wird, die Landesregierung sich bereit erklärt, die Beistellung eines Teiles des notwendigen Mehles auch für die geplante Verlängerung von drei Monaten zu übernehmen.

Mit Rücksicht auf die segensreiche Wirkung, welche diese nicht hoch genug einschätzbare Aktion auf die unterernährten Kinder unseres Landes ausübt, stellen die Gesertigten den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Verlängerung der Verpflichtung des Landes durch Beistellung eines Teiles des notwendigen Mehls für die Weiterführung der Amerikanischen Kinderauspeisung in Steiermark auf weitere drei Monate, bis 1. September 1921, zu ermöglichen, wird grundsätzlich zugestimmt, und die Landesregierung ermächtigt, die notwendigen Vereinbarungen mit der Direktion der „American-Relief-Administration“ zu treffen.“

Der Antrag rechtfertigt sich von selbst.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident Kölbl: Hiemit ist die Tagesordnung als solche erledigt. Es gelangen nunmehr zur Verhandlung die dringlichen Anfragen, die eingangs der Sitzung eingebracht wurden. Zwei dringliche Anfragen, und zwar die dringliche Anfrage des Abgeordneten Weigelberger, Muchitsch und Genossen an den Landeshauptmann wegen Grundverkaufes der Stadtgemeinde Hartberg, sowie die dringliche Anfrage der Abgeordneten Regner, Eigelberger, Fröhlich und Genossen an den Herrn Landeshauptmann über das Schicksal der von Seite der Stadtgemeinde Knittelfeld an die Landesregierung (Burg) gerichteten Zuschrift, betreffend die Anforderung von Lagergründen in Knittelfeld, wurden von den Anfragstellern zurückgezogen.

Es gelangt nunmehr zur Verhandlung die dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Hübler, Schreckenthal und Genossen an den Landeshauptmann betreffs des Ausenthaltens des Exkaisers Karl in Ungarn.

Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Hübler das Wort.

Landesrat **Dr. Hübler**: Hohes Haus! Nach amtlichen Zeitungsnachrichten ist Erzkaiser Karl während der Osterfeiertage in Budapest eingetroffen. Obwohl dieser Osterausflug sich zu einer gewaltigen Blamage auszuwachsen scheint, so ist er doch geeignet, die Bevölkerung Deutschösterreichs zu beruhigen. Es ist ein Moment, dem wir die Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße zuwenden müssen, weil es nicht unmöglich erscheint, daß der Erzkaiser auf seinem Ausfluge das Gebiet der Steiermark durchquert hat (Zwischenruf des Abgeordneten **Leichn.** — Heiterkeit.) Hohes Haus! Ich würde es im Interesse dieser Anfrage, deren Gegenstand wir für sehr ernst halten, als besser erachten, Zwischenrufe, welche die ganze Angelegenheit ins Lächerliche ziehen, zu unterlassen. Hohes Haus! Es ist deshalb notwendig, unsere Aufmerksamkeit auf das Vorgehen der Habsburger in Ungarn zu richten, weil wir auch in Österreich von der Wühlarbeit einer Gesellschaft schwarzelegter Legitimisten beruhigt werden, die sich um die faßsam bekannte „Staatswehr“ des Obersten **Wolf** gruppiert. Es sind heute vor allem vier Zeitschriften, welche diesen habsburgischen Tendenzen dienen: die „Politik“, „Das neue Reich“, die „Staatswehr“ und die „Wiener Montagszeitung“, die für alle Richtungen politisch geistig Minderbemittelte berechnet sind. Und diese Zeitschriften treiben eine Wühlarbeit, die offenbar darauf hinaus läuft, die Rückkehr des Hauses **Habsburg** in Österreich vorzubereiten. Hohes Haus! Wir sind fest überzeugt, daß in ganz Deutschösterreich ein verschwindend kleiner Teil der Bevölkerung mit diesen Bestrebungen sympathisiert, denn sonst müßte man an dem gesunden Menschenverstande und dem nationalen Gefühle unserer geprüften deutschösterreichischen Bevölkerung verzweifeln. Aber dessenungeachtet ist es unsere Pflicht, daß wir diesen Vorgängen unsere Aufmerksamkeit widmen und die gesamte deutschösterreichische Öffentlichkeit mobilisieren, daß sie jede Gemeinschaft mit den Machenschaften der Habsburgerpartei auf das energischste und mit den rücksichtslosesten Mitteln zurückweise. Ich glaube, wir sind in Deutschösterreich geprüft genug und alle eines Sinnes, die mühsam errungene Verfassung, die uns den kümmerlichen Rest nationaler Selbständigkeit zwischen den feindlichen Staaten erhält, gegen die Glückstüferei des Hauses **Habsburg** zu verteidigen. Wir wollen es nicht dulden, daß uns der Weg zum deutschen Mutterlande durch die Politik dieser Dynastie irgendwie verrammelt werde. „Wir dulden es nicht!“ Das wird die einzig richtige und deutliche Antwort sein. Wir gestatten uns nun, an den Herrn Landeshauptmann die folgende Anfrage zu richten und

wir haben uns bei dieser Anfrage mit der Partei des steirischen Bauernbundes vereinigt, von dem auch das Wort zur Anfrage ergriffen werden wird (liest):

„1. Ist dem Herrn Landeshauptmann bekannt, ob der Erzkaiser **Karl** bei seiner Reise von der Schweiz nach Ungarn steirisches Gebiet berührt hat?

2. Welche Weisungen hat der Herr Landeshauptmann den Grenzbehörden für den Fall erteilt, daß der Erzkaiser auf der Rückreise von Ungarn steirisches Gebiet betrifft?

3. Welche Vorkehrungen gedenkt der Herr Landeshauptmann sowie die Bundesregierung für den Fall zu treffen, daß der Erzkaiser **Karl** in Steiermark Aufenthalt zu nehmen beabsichtigt und ist der Herr Landeshauptmann bereit, einen solchen Aufenthalt unter allen Umständen unmöglich zu machen?“ (Lebhafter Beifall.)

**Präsident Kölbl**: Zur Beantwortung dieser Anfrage hat sich zum Wort gemeldet Herr Landeshauptmann Professor **Dr. Rintelen**.

Landeshauptmann **Dr. Rintelen**: Auf die Interpellation der Abgeordneten **Dr. Hübler**, **Schreckenthal** und Genossen beehre ich mich, nachstehendes mitzuteilen: Die Landesregierung erhielt gestern abend durch eine kurze Mitteilung der Wiener Polizeidirektion über den Aufenthalt des früheren Kaisers **Karl** in Ungarn Kenntnis. Ob die Fahrt über Österreich oder Steiermark erfolgte, und, wenn ja, welche Reiseroute gewählt wurde, ist noch nicht mitgeteilt. Da die für die Grenzüberschreitung nach Ungarn kompetenten Grenzorgane sowohl auf der niederösterreichischen wie auf der steirischen Seite sämtliche im Wege des in Wiener-Neustadt liegenden Gendarmeregrenzkommandos unmittelbar der Bundesregierung unterstehen, so hat diese bereits alle nötigen, sich aus der Sachlage ergebenden Weisungen erlassen und trifft auch die steiermärkische Landesregierung im Rahmen ihrer Kompetenz alle erforderlichen Verfügungen und wird dieselbe insbesondere auch im Einvernehmen mit der Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß auch in Steiermark die sich auf die Aufenthaltsfrage beziehenden staatsgesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

**Präsident Dr. Danzine**: Hohes Haus! Es war wohl klar, daß der verehrte Herr Landeshauptmann uns heute nicht nähere Umstände wird bekanntgeben können über diese Osterreise des Erzkaisers **Karl**, als jetzt aus seinen Ausführungen hervorgegangen ist. Wir

nehmen gern zur Kenntnis, daß er zugesagt hat, daß im Rahmen des Wirkungskreises der Landesregierung die Bezug habenden Bestimmungen des Gesetzes auf die Dynastie Habsburg-Lothringen werden angewendet werden und wir haben uns von dieser Antwort befriedigt erklärt. Es soll aber der Anlaß, dessen tiefe Bedeutsamkeit mein Klubkollege Professor Doktor Hübler vorhin gekennzeichnet hat, nicht vorübergehen, ohne daß der Landtag dazu Stellung nimmt. Es soll der Landtag bei diesem Anlasse seinen Willen aussprechen, wie er sich zu diesen Dingen stellt, und es soll seine Stimme sowohl im Lande selbst als auch im übrigen Gebiete des Bundesstaates Österreich und auch im Auslande, besonders bei denen, die es angeht, gehört werden. Wir erlauben uns deshalb dem hohen Hause folgende Entschliesung zur Annahme zu empfehlen (liest):

„Unläßlich des Auftauchens des vormaligen Kaisers Karl in Ungarn spricht der Landtag des Landes Steiermark seinen unerwiderlichen Entschluß aus, jede Gemeinschaft mit dem Hause Habsburg-Lothringen und besonders mit dem Erzkaiser Karl abzulehnen und verlangt, daß mit den schärfsten Mitteln ein Befreien des Bundesstaates Österreich durch den Erzkaiser verhindert werde.“

(Beifall bei den Großdeutschen und Bayernbündlern.)

Abgeordneter Schreckenthal: Hohes Haus! Die Angelegenheit, die uns veranlaßt hat, diese dringliche Anfrage einzubringen, ist für den gesamten Staat von ganz außerordentlicher Bedeutung. Wir haben vom Herrn Landeshauptmann gehört, wie er sich in der ganzen Sache zu verhalten gedenkt, und ich muß erklären, daß wir die Bekanntgabe und Erklärung des Herrn Landeshauptmannes dankbar zur Kenntnis nehmen. Zur Sache selbst möchte ich sagen, daß es psychologisch ganz gut erklärlich ist, daß dem Erzkaiser Karl der Aufenthalt in Prangins schon langweilig geworden ist und daß er das Bestreben nach einiger Luftveränderung hat. Eine gewöhnliche Reise ist nicht zu verwechseln mit dieser Reise des Erzkaisers Karl. Das ist eine Geschäftsreise, er will ein Geschäft machen für das Haus Habsburg. Wir haben genugsam gelitten unter der ganzen Regierung der Habsburger, so daß wir keine Veranlassung haben, uns nach dieser Zeit zurückzusehen. Es ist unbegreiflich, wie es Leute und Zeitungen geben kann, die Propaganda dafür treiben, daß Erzkaiser Karl wieder in seine früheren Rechte eingesetzt wird. Ich verweise darauf, daß wir im Oberland Zeitungen haben, welche von einem früheren Po-

litiker (Zwischenruf: „Penk!“) patroniert werden und welche ganz offen legitimistische Propaganda treiben. Sie wissen, in welchem Zustande wir uns in Österreich befinden und daß wir alle ohne Unterschied der Parteiangehörigkeit daran arbeiten, den Wiederaufbau unseres Staates herbeizuführen. Bei diesem Wiederaufbau können wir aber den Erzkaiser Karl nicht brauchen. Wir müssen dafür sorgen, daß der Aufenthalt des Erzkaisers Karl in Steinamanger nicht die ganze Bevölkerung in Österreich auf das lebhafteste beunruhigt; seine Person selbst, wenn er keine Agitation betreiben würde, würde uns vollkommen gleichgültig sein. Das ist aber ausgeschlossen bei einem Wesen, das nichts ist als eine Puppe in der Hand seiner Schwiegermutter, welche Puppe sich ziehen und drehen läßt, wie sie will, so daß ganz andere Pläne dahinterstecken. Wir haben die größte Befürchtung, daß bei einem längeren Aufenthalt die Wirkungen auch auf Österreich sich erstrecken und daß es dann zu dem kommen wird, was wir unbedingt verhüten wollen, zum Bürgerkrieg. Es möge daher mit größter Energie dafür Vorkehrung getroffen werden, daß der Aufenthalt des Erzkaisers in Österreich unmöglich gemacht wird.

Landesrat Resel! Hoher Landtag! Es ist an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage gestellt worden, ob ihm bezüglich der Anwesenheit des Erzkaisers Karl in Steinamanger etwas bekannt ist und ob Vorkehrungen getroffen wurden, damit daraus nicht Komplikationen entstehen. Die Anfragesteller haben erklärt, daß dieser Angelegenheit die allergrößte Aufmerksamkeit zugewendet werden mußte. Ich glaube, meine verehrten Damen und Herren, daß schon vor allem die Tatsache, daß der Erzkaiser Karl in Budapest auftaucht, alarmierend wirkt. Aber weit wichtiger ist die Frage, woher der Erzkaiser, der meines Erachtens während seiner Regierungszeit einen außerordentlichen Mangel an Selbständigkeit und Mut gezeigt hat, nun den Mut und die Selbständigkeit nimmt, eines schönen Tages nach Steinamanger zu kommen, von dort nach Budapest zu fahren und erst, wie man ihn dort nicht entsprechend empfangen hat, sich wieder nach Steinamanger zurückzugeben. Wir haben, wenn auch nicht in der gleichen Sache, aber eine das gleiche Kapitel betreffende ähnliche Anfrage gestellt und es wird bei Behandlung dieser Anfrage für uns sich Gelegenheit ergeben, unseren Standpunkt hinsichtlich der ganzen Frage in ausführlicher Weise darzulegen. Denn die Tatsache erscheint uns klar, daß, ohne daß man dem Erzkaiser Karl irgendwelche Versicherungen von in Österreich befindlichen Personen gegeben hat, er nicht nach Ungarn gefahren wäre, daß er, wie ja auch die

Zeitungen zum Ausdruck bringen, über die ganze Sachlage unrichtig informiert erscheint und daß er geglaubt hat, daß sein Erscheinen ganz allein genügen wird, wie seinerzeit das Erscheinen von Napoleon, damit die Armee aufstehe und der frische fröhliche Krieg für die Wiedererrichtung der Habsburger wieder ausbreche.

Ich glaube, daß dem Herrn auch bezüglich der Streitkräfte, die sich da erheben werden, wenn er kommt, irrige Berichte zugekommen sind. Worin aber diese irrigen Berichte ihre Begründung haben, das werden wir bei unserer dringlichen Anfrage des Näheren auszuführen Gelegenheit haben. Wir sind selbstverständlich mit dem Beschlußantrage, den der Herr Abgeordnete Dr. Dankine gestellt hat, einverstanden. Wir erklären auch, nicht nur aus Zweckmäßigkeitsgründen, sondern aus rein demokratischen Gründen, daß wir von einer Wiedererrichtung der Monarchie nichts wissen wollen, daß wir für den Anschluß an Deutschland zu wirken bereit sind, und alle unsere Kräfte aufzuwenden entschlossen sind, um diesen Anschluß an die deutsche Republik durchzuführen. Wir anerkennen, daß es vollständig richtig ist, daß diese ganzen Treibereien angefangen wären, uns von unserem Mutterlande weiter abgepalten zu halten. Wir werden daher für diesen Beschlußantrag stimmen. Im übrigen aber haben wir uns, wie bereits gesagt, vorbehalten, bei unserer Dringlichkeitsanfrage auf den eigentlichen Untergrund dieses plötzlichen Mutes und der plötzlichen Entschlossenheit eines bei der Allgemeinheit als Schwachmatikus bekannten Menschen zurückzukommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kölbl: Wünscht noch jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall. Wir schreiten daher zur Abstimmung. Es liegt vor der Antrag des Herrn Präsidenten Dr. Dankine, welcher lautet (liest):

„Anlässlich des Auftauchens des vormaligen Kaisers Karl in Ungarn spricht der Landtag des Landes Steiermark seinen unerschütterlichen Entschluß aus, jede Gemeinschaft mit dem Hause Habsburg-Lothringen und besonders dem Exkaiser Karl abzulehnen und verlangt, daß mit den schärfsten Mitteln ein Befreten des Bundesstaates Österreich durch den Exkaiser verhindert werde.“

(Der Antrag wird angenommen.)

Es wurde weiters im Laufe der Sitzung eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Oberzaucher, Sonnhamer und Genossen an den Herrn Landes-

hauptmann, wegen Aufbringung von jährlich 5 Millionen Kronen durch das Großkapital zum Zwecke des Ausbaues der Heimwehren, eingebracht. Ich erteile zur Begründung dieser Anfrage dem Herrn Landesrate Oberzaucher das Wort.

Landesrat Oberzaucher: Hohes Haus! Die soeben abgeführte Debatte hat Ihnen bewiesen, daß die Gefahr einer Restauration der Habsburger doch nicht so ganz aus der Luft gegriffen erscheint, und wenn wir des öfteren davon sprechen und darauf hinweisen, daß es verschiedene Kräfte im Staate gibt, die eifrig bestrebt sind, dieser Restauration zu dienen, so ist dieses Erscheinen des Exkaisers Karl in Budapest ein schlagender Beweis für die Richtigkeit unserer Beweisführung. Es hat nun — und das bildet den Gegenstand unserer dringlichen Anfrage — am 5. März beim Hauptverbande der Industriellen eine Konferenz der Vertreter der Großbanken (Rufe: „Hört, hört!“), der Industriellen und des Großgrundbesitzes stattgefunden, also der Vertreter des ausgesprochenen Großkapitals, und bei dieser Besprechung hat der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer als Privatmann (Rufe: „Hört, hört!“) — immer, wenn er es braucht, erscheint er als Privatmann — referiert. Er hat erklärt, daß es für die Erhaltung unseres Staates äußerst notwendig sei, jährlich 5 Millionen aufzubringen, um eine Macht zu schaffen, die geeignet ist, den drohenden Kommunismus und den aus dem Osten drohenden Bolschewismus zu verhindern und im Keime zu ersticken. Man wird sich natürlich fragen, inwieweit dies berechtigt ist, und sogar die Vertreter des Großkapitals, die bekanntlich, wenn es ans Geldgeben geht, auch ihre Gegengründe haben, haben berechnete Bedenken gegen diese Art von Beweisführung erhoben; sie haben sich aber nach dem Referate des Herrn Dr. Uhrer doch bestimmen lassen, den Beschluß zu fassen, diesen Betrag von 5 Millionen Kronen jährlich zu bewilligen, um die Heimwehren auszurüsten und schlagfertig zu machen. Ich glaube nicht, darauf verweisen zu müssen, daß mit dieser Art von Geldaufbringung eine kolossale Gefahr verbunden ist, weil dadurch eine Atmosphäre geschaffen wird, durch welche andere Bevölkerungskreise mit Recht beunruhigt werden, denn die Vertreter des Großkapitals, die Banken, geben nicht so ohneweiters Geld nur deshalb, weil sie die Republik aufrecht erhalten wollen. Wir haben aus diesen Gründen auch versucht, direkt Einfluß zu nehmen und haben mit der christlichsozialen Landesregierung gesprochen und haben versucht, einen Ausgleich in dieser Frage herbeizuführen, und haben auf die Gefahr hinweisen wollen, die darin besteht,

wenn ein Mitglied der steiermärkischen Landesregierung als Privatmann in hochoffiziellen Körperschaften erscheint und so viele Millionen Kronen für diesen dunklen Zweck fordert. Man hat uns erklärt, Herr Dr. Ahrer habe dort als Privatmann gesprochen, das gehe alle anderen Leute, auch den Landtag und die Landesregierung, nichts an, und wir sollen uns an den Leiter der Heimwehren wenden, wenn wir Garantien haben wollen, daß die Heimwehren ebenfalls bereit sein sollen, die Republik und ihre Einrichtungen zu schützen. Nun erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß wir in die Leitung der Heimwehren schon gar kein Vertrauen haben. Wir alle wissen ja, daß die Heimwehren in allen österreichischen Ländern die gleiche Tendenz verfolgen, und die Leiter der Heimwehren zum größten Teile im öffentlichen Leben bekannte Monarchisten sind. (Ohorufe. — Rufe: „Namen nennen!“) Hohes Haus! Ich könnte eine Reihe von Namen nennen. Allerdings möchte ich, um Ihren Einwand im vorhinein zu entkräften, darauf verweisen, daß es gewiß einige Leute hiebei gibt, die im Gegensatz zu diesen anderen stehen, aber es ist uns allen klar, daß die eigentlichen Macher in diesen Heimwehren sicher nicht Republikaner, sondern ausgesprochene Monarchisten sind. (Widerspruch. — Rufe: „Namen nennen!“) So viele Namen kann ich mir gar nicht merken. Sie brauchen nur an die Namen der Führer der Tiroler Heimwehren denken und an die Verbindung derselben mit den Orgeschleuten in Bayern, die ganz sicher Monarchisten sind und es auch ganz offen sagen, um dadurch den Beweis zu erhalten, daß ich mit meiner Behauptung recht habe.

Nun, mit den Heimwehren selbst kann die Landesregierung nicht verhandeln und auch wir nicht. Wir haben mit den Heimwehren nichts zu tun, wir brauchen diese Heimwehren nicht, und die natürliche Folge ist selbstverständlich, daß andere Bevölkerungsschichten, die nicht vom Großkapital Gelder bekommen, um für die Republik zu schaffen, beunruhigt werden und nun ihrerseits alles aufbieten, um ebenfalls Institutionen zu schaffen, die geeignet sind, dieser Gefahr zu begegnen.

Diese Besprechung der Vertreter des Großkapitals wurde natürlich streng geheim gehalten, und es wurde der Beschluß gefaßt, Diskretion zu üben und absolut nichts in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, wohl nur deshalb, damit die Öffentlichkeit nicht erfährt, daß die Großkapitalisten für die Erhaltung der Republik und deren Einrichtungen sind, denn das kann man nicht so öffentlich sagen! Die Arbeiterschaft, die genau weiß, was für Gefahren in diesen Machinationen liegen, hat deshalb dazu Stellung genommen, und auch

organisierte Arbeiter- und Angestelltenverbände haben beschlossen, in dieser Frage ebenfalls an die Unternehmer, die Industriellen und Großbanken heranzutreten, einerseits um auf sie einen Einfluß zu nehmen, daß diese Gelder nicht gegeben werden, oder, wenn sie gegeben werden, andererseits zu verlangen, daß ihnen ebenfalls Mittel zur Verfügung gestellt werden, um im Ernstfalle ebenfalls gerüstet zu sein, wenn diese zum Schutze der Republik geschaffenen Heimwehren gegen die Republik etwas unternehmen sollten. Ich habe bereits früher gesagt, daß wir versucht haben, im gütlichen Wege die Herren aufmerksam zu machen auf die Gefahr, die in ihrem Vorgehen liegt.

Das wurde jedoch abgelehnt, nun stehen wir auf dem Standpunkte, daß auch die Arbeiterschaft aufrüsten muß, um dieser Gefahr begegnen zu können. Ich bitte, welche Gefahr in dieser Aufrüstung liegt, das wollen wir heute ebenfalls hier ganz ehrlich betonen, denn wir wissen ja alle, wenn sich einzelne Bevölkerungsschichten in unserem Staate gegenseitig bewaffnen und aufrüsten, daß dadurch eine Atmosphäre geschaffen wird, die leicht zur Explosion führt, und es kann uns so gehen, wie es uns im Weltkrieg ergangen ist, daß schließlich die Gewehre von selbst losgehen. Ich bin überzeugt, daß diese Gefahr, die ich hier schildere, schließlich und endlich doch zur Tatsache werden wird.

Ich glaube, hohes Haus, daß wir, die Vertreter der Arbeiterschaft, diese Art der Aufrüstung entschiedenst ablehnen müssen und daß wir außerdem, wenn es nicht gelingt, Garantien zu bekommen, daß die Aufrüstung von dieser Seite aus unterbleibt, ebenfalls gezwungen sind, alle Mittel aufzuwenden, um die Wehrhaftigkeit der Arbeiterschaft zu erhöhen. Ich bitte Sie, hohes Haus, diese Worte, die sicherlich nur bezwecken, die Aufmerksamkeit des hohen Hauses auf die große Gefahr, die sich daraus ergeben kann, zu lenken, nicht so zu deuten, als ob wir die Sache im Hause nur behandeln wollten, um für uns daraus Kapital für die Öffentlichkeit zu schlagen. Wir haben in den Versammlungen der Arbeiterschaft große Mühe gehabt, die Erregung der Arbeiterschaft niederzudrücken, wir haben jedoch die Arbeiterschaft beruhigt, indem wir erklärt haben, daß alles geschehen wird, um diese drohende Gefahr der Aufrüstung von bestimmten Bevölkerungsschichten hinkanzuhalten. Aber wenn die Gegenseite hier erklärt, daß sie dabeibleibt, diese Aufrüstung durchzuführen, diese Gelder des Großkapitals zu benützen, um die Heimwehren zu verstärken, bleibt auch uns nichts übrig (Zwischenruf: „Wir lehnen die Verantwortung ab!“), als ebenfalls die Aufrüstung in demselben Maße zu betreiben.

Es wurde bereits in der früheren Debatte darauf verwiesen, daß der Erzkaiser Karl sich in Ungarn befindet. Woher der Erzkaiser Karl den Mut nimmt oder glaubt, es sei die Zeit gekommen, nun wieder zu erscheinen, um seine Ansprüche auf den Thron geltend zu machen, das wird tiefere Gründe darin haben, weil es Leute in Österreich gibt, die sich als Legitimisten bekennen und die Wiederkunft der Kaisers erstreben und alles aufbieten, um diese Wiederkunft herbeizuführen. Der Erzkaiser Karl soll sich augenblicklich in Szombathely befinden bei Oberst Lehár. Wir wissen, daß Oberst Lehár ein ziemlich intimer Freund des Gendarmeriedirektors Peinlich war. Es gibt einen gewissen Zusammenhang, und wir sind überzeugt, daß die Herren Christlichsozialen, die die Sache nicht so ernst zu nehmen scheinen, heute bei dieser Frage des Erscheinens des Erzkaisers Karl kein besonders angenehmes Gefühl haben. Während sie sonst mit allen Mitteln für ihre Überzeugung eintreten und alle ihre Redner ins Feld schicken, hat heute es keiner der Herren der Mühe wert gefunden, seiner Entrüstung und Besorgnis wegen des Erscheinens des Erzkaisers Karl Ausdruck zu verleihen. (Landesrat Prisching: „Wir fürchten uns nicht!“) Daß sich die Herren Christlichsozialen vor der Monarchie nicht fürchten, das wissen wir. (Abgeordneter Lechin: „Sie haben auch heute dazu geschwiegen!“) Wir glauben jedenfalls, daß es die Untersuchung zeigen wird, daß, wenn es hier in Steiermark gelingt, jeden abzuhalten, der über die Grenze kommen will, wenn es der Landesregierung nicht paßt, es auch gelingen müßte, die Durchfahrt des Erzkaisers Karl durch das steirische Gebiet zu verhindern. Die Zusammenhänge zwischen der Aufrüstung und zwischen dem erstarkten Gedanken der Restauration der Habsburger sind nicht zu leugnen und wir verweisen nochmals darauf, daß, wenn diese Aufrüstung, dieses Geben von großen Summen für die Schlagfertigmachung der Heimwehren, wenn wir die Überzeugung gewinnen, daß dieser geplante Ausbau tatsächlich durchgeführt wird, wir die offene Erklärung abgeben, daß auch wir gezwungen sind, zu denselben Maßnahmen zu greifen, und es der industriellen Arbeiterschaft sicherlich gelingen wird, die Organisationen zu schaffen, die der Tätigkeit der Heimwehren gleich bedeutend sind. Wohin das führen wird, das brauchen wir nicht auszuführen. Es ist die Gefahr, über die wir klar sehen müssen, und ich bitte, das zu bedenken. Wir haben daher in dieser Angelegenheit an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage gestellt, was er als Chef der Landesregierung und als verantwortliche Person für die Sicherheit und Ruhe im Lande zu tun

gedenke, um diese bedrohlichen Zustände zu bessern und diese angeblichen Privatarbeiten des Dr. Ahrer zu verhindern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kölbl: Zur Beantwortung dieser Anfrage hat sich Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann Dr. Rintelen: Auf die Interpellation der Herren Abgeordneten Oberzaucher, Sonnhammer und Genossen beehre ich mich nachstehendes zu erwidern: Die Herren Interpellanten haben schon in einem Schreiben die Angelegenheit zum Inhalte einer Anfrage gemacht, worauf eine Antwort bereits erfolgt ist. Ich betone nochmals, daß Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer die Sitzung, welche den Anlaß zur Interpellation gibt, weder einberufen hat, noch als Mitglied der Landesregierung dabei interveniert hat. Daher muß ich auch aus prinzipiellen Gründen auf dem Standpunkte beharren, daß ich als Chef der politischen Landesverwaltung mich jeder Stellungnahme zu einer solchen nicht amtlichen Angelegenheit enthalten muß, da eine solche Ingerenznahme des Landeschefs gegenüber den Parlamentariern zu einer Art Diktatur führen würde, die ich sowohl im Verhältnisse zu den eigenen Parteigenossen wie auch zu den übrigen Parteien ablehnen müßte. Was die Frage der Heimwehren in sachlicher Beziehung angeht, so habe ich es stets als höchste Aufgabe aufgefaßt, Ruhe und Ordnung im Lande unter allen Umständen zu wahren, und ich bewege mich vollständig in den Bahnen, die unsere Staatsgesetze und das Interesse der gesamten Bevölkerung vorschreiben. Die ganze Entwicklung in Österreich und auch die letzten explosiven Ereignisse in Deutschland haben mir hiebei recht gegeben. Ich möchte besonders betonen, daß nicht die geringste Veranlassung besteht, die Heimwehren mit irgendwelchen gegen die bestehende Verfassung oder gegen die Arbeiterschaft gerichteten Tendenzen in Verbindung zu bringen, im Gegenteil, es haben die Heimwehren den Zweck, den Bestand der Verfassung gegen jeden Angriff zu schützen. (Beifall bei den Christlichsozialen. — Abgeordnete Köfler: „Die Zuhörer bezeigen Beifall und Mißfall!“)

Präsident Kölbl: Ich habe nichts gehört. (Landesrat Kessel: „Die anderen Bestimmungen der Geschäftsordnung kennen Sie nicht, und die auch nicht!“) Ich bitte, solche Bemerkungen zu unterlassen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer: Hohes Haus! Nachdem die Interpellation zwar an den Herrn Landeshauptmann adressiert, aber gegen mich gerichtet ist, so sehe ich mich veranlaßt, einigermaßen zu dieser



Frage Stellung zu nehmen. (Präsident Regner: „Als Privatmann?“) Das können Sie sich aussuchen. Das Entstehen der Heimwehren in der Zeit des Umsturzes ist Ihnen ja genügsam bekannt. Sie wissen, daß schließlich und endlich (Landesrat Resel: „Uns ist es schon bekannt, aber Ihnen nicht!“) ... Der Vater hat sich gerade gemeldet. (Landesrat Resel: „Mit Ihren schnoddrigen Witz können Sie vernünftigen Menschen nicht imponieren!“) Die Hauptsache ist, daß Sie sich ärgern. (Landesrat Resel: „Sie werden einem Menschen damit nicht imponieren!“) Ich bitte, den Gegner doch aussprechen zu lassen und ihn nicht fortwährend zu unterbrechen. Ich möchte nur sagen, die Heimwehren sind geschaffen worden in der Umsturzeit zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, als Schutzmittel gegen die Plünderung usw. Auf den Heimwehrstatuten steht auf beiden Seiten: „Der Militärbevollmächtigte für Steiermark: Resel m. p.“ (Landesrat Resel: „Was ist es mit der Urschrift?“) Ich komme noch darauf, Herr Landesrat Resel. Es wird behauptet, daß ein wesentlicher Unterschied in diesen beiden Exemplaren besteht. Ich habe mich der Mühe unterzogen und diese beiden Exemplare verglichen. Zunächst ist ein Unterschied darin, daß das eine Exemplar von dem Militärkommando in Graz ausgegeben wurde und das zweite vom Volkswehrkommando in Graz. Beide selbst sind zeitlich verschieden vom Herrn Landesrat Resel unterschrieben. (Landesrat Resel: „Das ist unrichtig!“) Das ist zweifellos ein Unterschied. (Landesrat Resel: „Da ist das Konzept!“) Es heißt: „Jede Ortsgemeinde bildet aus verlässlichen Wehrmännern eine Heimwehr, die in erster Linie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dient.“ Im zweiten Exemplar heißt es: „Solche Verwendung ist im allgemeinen auf dem Gebiete der eigenen Gemeinde und in dringenden Fällen auch im Bereiche der Nachbargemeinden zulässig.“ Es sind Unterschiede vorhanden, aber das Meritum ist nicht bekämpft. Ich muß aber noch anführen und ich muß dem Herrn Vorredner entgegenstellen, wenn er sagt, die Arbeiterschaft wird darangehen, sich zu bewaffnen. Da muß ich ihn erinnern an die Sitzung vom 16. Juli 1920 in diesem hohen Hause. Sie können das Protokoll herausnehmen, wo es klar darinnen steht, wie seinerzeit die Arbeiter-Marmbataillone aufgebaut worden sind und in Aktion getreten sind usw. Sie sind mir damals in dieser Sitzung die Antwort schuldig geblieben, und ich möchte mir bei dieser Gelegenheit auch noch erlauben darauf hinzuweisen, daß Sie in dieser Zeit über ganz beträchtliche Dinge verfügt haben. Ich verweise dabei auf das Arbeiterhilfskorps, wo wir nicht wissen,

wohin die Waffen gekommen sind. Wenn man die seinerzeitigen Vorgänge in der Öffentlichkeit, das Wildererunwesen in Obersteiermark, wo gesetzlich Gefangengenommene befreit wurden, und die seinerzeitigen Requisitionen bei den Bauern in Vergleich zieht zu den heutigen Verhältnissen, so muß man sich sagen, daß es zweifellos ist, daß die Verhältnisse, Gott sei Dank, sich einigermaßen in Österreich und auch in Steiermark gebessert haben. Ich möchte aber nur auf eines hinweisen, und zwar auf die erschreckliche Statistik, wie viele Gendarmenmorde vorgekommen sind. (Landesrat Resel: „Von wem?“) Warten Sie doch, ich habe nicht gesagt, daß Sie einen Gendarmen erschossen haben. Wenn Sie zum Beispiel die schauerliche Mordtat, die heute im „Arbeiterwille“ abgedruckt ist, wo ein Besitzer in der schauerlichsten Form bei einem Einbruche in seinem eigenen Gute umgebracht wurde, in Berücksichtigung ziehen, und wenn Sie schließlich und endlich noch ganz offen sagen, daß wir in vieler Beziehung politisch unter einem gewissen schleichenden bolschewistischen Gedanken leiden, dann muß es Ihnen klar sein, daß schließlich und endlich das Bürgertum als solches nicht schlafen kann. Ich möchte nur auf einzelne Dinge hinweisen. Es wird gesagt, daß sich die Führer der Sozialdemokraten so oft bemüht haben, in Streikfragen einzugreifen, um Ordnung zu schaffen. Damit wird aber das tatsächliche Vorkommen von wilden Streiks, dem Postlerstreik, dem Eisenbahnerstreik, nicht aus der Welt geschaffen. (Abgeordneter Krauß: „Den Kommunisten entgegenzutreten waren Sie zu feig; Sie sind in keine Kommunistenversammlung gegangen!“) Warten Sie, Herr Krauß, ich will Ihnen etwas sagen, weil Sie sagen, daß wir uns nicht in die Kommunistenversammlungen begeben. Wenn Sie zum Beispiel bei dem schauerlichen Blutbad an dem bekannten Montag am Murrplatz sich hingestellt hätten, wäre es nicht zu diesem Blutbade gekommen. (Rufe: „Sehr richtig!“ — Abgeordneter Krauß: „Warum haben Sie sich nicht hingestellt mit Ihren Heimwehren?“) Wenn Sie das sagen, dann kennen Sie die ganze Geschichte von damals nicht. Es gibt aber noch viele andere Dinge, und ich möchte Sie nur erinnern an die Frohnleitener Demonstration und andere Dinge, die nicht dazu beitragen können, eine Beruhigung innerhalb der anderen Bevölkerungsschichten hervorzurufen. Denn Sie müssen sich darüber klar sein, daß derjenige, der sich nicht Ihrem Organisationszwange fügt, auch daran denkt: „Ich werde mich für meine Haut vorsorgen!“ Sie müssen sich darüber klar sein, daß Sie gerade beim Eisenbahnerstreik ganz offiziell Arbeiterbataillone, mit

Gewehren versehen, auf die Strecke geschickt haben. . . (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ja, glauben Sie, meine Herren von der sozialdemokratischen Partei, daß da die bürgerliche Seite einfach ruhig zusehen wird? (Widerspruch. — Abgeordnete **Tausk**: „Das ist eine Frechheit!“) Ich verbiete mir von Frau **Tausk** den Ausdruck „Frechheit“ und ich bitte den Herrn Präsidenten, der Frau Abgeordneten den Ordnungsruf zu erteilen. Und nun noch eines. Am 2. März dieses Jahres hat das Arbeiterbataillon in Kapfenberg ganz offen mit Waffen exerziert, und ich kann auch noch andere Fälle anführen. (Zwischenrufe: „Was machen denn die Heimwehren?“) Zum Beispiel: Im Dezember des vergangenen Jahres hat beim Stahlwerk in Bruck a. d. M. eine Lohnverhandlung stattgefunden. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte, Sie wissen das ganz genau; da haben um 8 Uhr abends zirka 300 Arbeiter alle Zugänge besetzt und haben dem dortigen Direktor erklärt, entweder es werden die Forderungen erfüllt oder es kommt zu Handgreiflichkeiten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter **Krawagna**: „Und Sie sagen, entweder den Viehpreis erhöhen oder wir liefern nicht!“ — Widerspruch bei den Christlichsozialen.)

Hohes Haus! Ich möchte nur noch, bevor ich zum Kern der Sache zurückkomme, etwas sagen. Sie veranstalten in der nächsten Zeit eine sogenannte rote Woche, bei der Sie jeden Andersdenkenden. . . (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Präsident **Dr. Dantine**: „Ja, wer hat denn eigentlich das Wort?“) Ich muß Ihnen schon sagen, daß Sie nach meiner Überzeugung überhaupt nicht undemokratisch handeln können, als indem Sie einfach jeden Menschen in Ihre Organisation hineinzwingen. Das werden Sie zweifellos noch an Ihrem eigenen Leibe zu spüren bekommen. Wenn ich Ihren Organisationszwang nehme und mir nur die bescheidene Frage vorlege, was Sie sagen würden, wenn die gesamte Bevölkerung des Landes einmal diesen Weg gehen würde, dann würden Sie sehen, wie es Ihnen geht. Ich bin überzeugt, in demselben Momente, wo Ihre Gewerkschaften das unpolitische Gebiet verlassen, in demselben Momente hat der gewerkschaftliche Gedanke nach meiner Überzeugung das Recht verloren, Gewerkschaft genannt zu werden. Wenn Sie nun noch etwas wissen wollen, warum überhaupt die bürgerlichen Elemente des Landes, und, Gott sei Dank, verfügen wir über solche Elemente, warum diese heute an den Bolschewismus glauben, möchte ich Ihnen sagen, wir wissen genau, daß die Vorfälle in Deutschland, die wir alle tief bedauern, herbeigeführt sind durch ein moskowitzches

Gebot und daß von dort auch Geld kommt. Es ist klar, daß der Bolschewismus als solcher auf Expansivität angewiesen ist, weil er dort, wo er gehaut hat, nichts mehr übrig läßt. Wenn Sie dann gleichzeitig wissen, daß am 8. März 1921 ein kommunistischer Parteitag in Graz stattgefunden hat und wenn Sie mit offenen Augen im Lande herumsehen, wie man sich bemüht, den Gedanken des Kommunismus zu den Kleinhäuslern, zu den Knechten, hineinzutragen, dann müssen Sie wissen. . . (Abgeordnete **Tausk**: „Reden Sie nicht so, Sie sind doch Jurist!“) Ich bedaure nur sehr, daß ich nicht früher bei Ihnen zu einer Vorlesung gegangen bin (Lebhafte Heiterkeit) oder zu Herrn **Leichin**. Wenn Sie noch dazu die furchtbaren traurigen Vorfälle in Deutschland nehmen, wo eine Menge braver Polizisten ihr Leben nur deshalb lassen mußte, weil ihnen zur Seite nicht eine entsprechende Macht gestanden ist, wenn wir andererseits sehen, wie es in Bayern, wo die Einwohnerwehren am Platze sind, aussieht, dann muß es uns klar sein, daß wir am rechten Wege sind. Übrigens hat mir diesbezüglich der „Arbeiterwille“ am 26. vorigen Monats recht gegeben; denn dieser Artikel hat so recht klar und deutlich gesagt, wie furchtbar diese Ereignisse rückwirken, nicht bloß auf die Bevölkerung, sondern auf die gesamte Volkswirtschaft. Nun würde noch erübrigen, einigermaßen kurz auf die Stellungnahme der Sozialdemokraten zum Bolschewismus von unserem Gesichtswinkel aus hinzuweisen, und zwar deshalb, weil Sie fortwährend behaupten, daß Sie diejenigen sind, welche den Bolschewismus niedergehalten haben und noch niederkalten, und daß wir keinen Grund hätten, uns vor Ihnen zu verschangen, sondern eher mit Ihnen gehen sollten. Nun, da muß ich Ihnen etwas sagen, im Grunde genommen unterscheiden sie sich alle zwei, das heißt, der orthodoxe Sozialdemokrat auf der einen Seite, auf der anderen Seite der schärfste Kommunist, nicht. Sie unterscheiden sich lediglich durch die Taktik; das programmatische Ziel für beide muß dasselbe sein und, wenn ich Sozialdemokrat wäre, müßte ich in konsequenter Folge zum Kommunismus kommen. Sie werden sich vielleicht auch erinnern, daß Herr **Leichin**, der ja den sozialistischen Arbeiterrätekongress in Wien mitgemacht hat, gegen den Kommunismus aufgetreten ist und Sie werden sich auch daran erinnern, daß es **Dr. Bauer**, eine für Sie zweifellos maßgebende Größe, war, der gesagt hat: „Wir befinden uns auf der äußersten Linken, aber es ist zweifellos und es ist eine Naturnotwendigkeit, daß es zwischen uns zu Berührungspunkten kommt“. So ist es bei Ihnen. Wir sind die letzten, welche den Führern,

die seinerzeit, zur Zeit der größten kommunistischen Welle, sich gegen den Bolschewismus ausgesprochen haben, ihr Verdienst schmälern wollten; aber im Grunde genommen sind Sie uns doch infolge dieser programmatischen Zusammengehörigkeit meiner Überzeugung nach zu unsichere Genossen, um gemeinsam vorgehen zu können. Wenn ich nun noch kurz, meine Herren, das Programm der Heimwehren entwickeln will, so glaube ich, stoße ich auf taube Ohren. Es ist schon tausendmal gesagt worden und der Herr Landeshauptmann und viele andere haben es an dieser Stelle festgestellt, und ich will es noch einmal tun, daß den Heimwehren der Gedanke jedweder feindlicher Tendenz sowohl gegen die Arbeiterschaft, sowie auch gegen die Republik vollständig fern liegt. (Rufe: „Sehr richtig!“) Im Anschlusse daran muß ich schon, um meine Stellungnahme zur Interpellation einigermaßen zu charakterisieren, noch etwas zu Ihrer Kenntnis bringen. Die Herren von der sozialdemokratischen Partei haben vor einiger Zeit in demselben Sinne, wie in der Interpellation des Herrn Abgeordneten Oberzauer ein Schreiben an den Herrn Landeshauptmann Doktor Rintelen gerichtet, und um eine Besprechung gebeten. Daraufhin habe ich folgende Erklärung abgegeben und bringe diese Erklärung auch Ihnen hiemit zur Kenntnis (liest):

„1. Es ist un wahr, daß über Veranlassung der christlichsozialen Mitglieder der Landesregierung eine Sitzung der Industrie, der Banken und des Großgrundbesitzes stattgefunden hat.“

2. Richtig ist, daß Dr. Hr er als Privatperson“ — (Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte, das kommt schon noch — „dann und wann bei Besprechungen im Verband der Industrie anwesend war und anwesend ist. Richtig ist weiter, daß bei einer Gelegenheit auch über die Heimwehren gesprochen wurde, wobei aber weder gegen die Arbeiterschaft noch gegen die Republik die geringsten feindseligen Tendenzen zum Ausdruck kamen, da die Heimwehren ausschließlich der Verteidigung der demokratischen Republik und ihrer inneren Ordnung dienen.“

3. Es entfällt daher auch ein Eingehen auf die im übrigen ganz unrichtigen Behauptungen des Briefes.“

4. Falls Garantien gegenüber der Heimwehr verlangt werden, müßten dieselben schriftlich der Leitung der Heimwehren bekanntgegeben werden.“ (Landesrat Resel: „Sie sind ein großer politischer Schieber.“) Ich habe zu dieser, seinerzeit klar und deutlich bekanntgegebenen Stellungnahme eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur konstatieren, daß ich nicht in die Fußstapfen jenes Ehren-

mannes treten möchte, der Sie umsonst aufgeregt hat. Um Ihnen aber beiläufig die Frage der Privatperson zu zergliedern, so stoßen Sie sich daran, daß ich als Privatperson an diesen Besprechungen teilgenommen habe. Erstens nehme ich für mich, besonders in der freien Republik, das Recht in Anspruch, hinzugehen, wohin ich will. Ich kann Ihnen als Beispiel nur das eine anführen, daß auch Sie sogar während des Krieges dorthin gegangen sind, wohin Sie wollten, Sie waren zum Beispiel in Stockholm. Wenn Sie sagen, daß ich als Privatperson das nicht zu tun habe, so möchte ich noch folgendes zur Kenntnis bringen. Sie erinnern sich an die seinerzeitige Behandlung des Wehrgesetzes. Damals war Staatssekretär für Heereswesen Ihr Genosse Dr. De u t s c h. Ich habe einen Bericht über eine Versammlung der kommunistischen Soldatenräte in Wien zu Ende des Jahres 1919. Dort heißt es (liest): „Zu Ende dieser stürmisch verlaufenen Versammlung willigte Dr. De u t s c h ein, daß Frey die Daten dieses Gesetzes binnen zwei Tagen überprüfen könne und verschob die Einbringung der Vorlage in die Nationalversammlung.“ Sie sehen, De u t s c h hat sich mit den Vertrauensleuten vorher ins Einvernehmen gesetzt bezüglich der Frage der Gebühren der neuen Wehrmacht (liest): „Darauf wurde De u t s c h nun veranlaßt, dieses Gebührengesetz umzuwerfen und die Bezüge der Mannschaft an die Polizei- und Gendarmeriegebühren anzugleichen.“ De u t s c h machte dieses Zugeständnis, aber der neue Gesetzesentwurf ließ abermals nichts davon sehen. Sie sehen, bei einem so wichtigen Gesetz war sogar die Verschiebung der Einbringung in die Nationalversammlung möglich, beziehungsweise Dr. De u t s c h hat es für notwendig befunden, sich zunächst mit den Soldatenräten und Mannschaftspersonen auseinanderzusetzen. Bitte, es fällt mir gar nicht ein, Ihnen das nachzutragen. Wir sind ja gesegnet mit dem neuen Wehrgesetz. Ich möchte nur das eine sagen: mir ist es nie eingefallen — Herr Kollege Resel, geben Sie vielleicht einen Moment acht (Landesrat Resel: „Das ist mir zu dumm, auf Sie achtzugeben!“) — mir ist es nie eingefallen, mich irgendwo zu erkundigen, wo sich die Herren von der sozialdemokratischen Partei herumtreiben. Das ist uns gleichgültig. Ich stehe auf dem Standpunkt der absoluten Freizügigkeit eines jeden Parlamentariers und von diesem Standpunkt werde ich nicht abgehen. (Landesrat Resel: „Das ist die Freizügigkeit des Erkaifers Karl!“)

Und nun zum Schluß noch eines. Es werden noch andere Herren von bürgerlicher Seite Gelegenheit haben, Ihnen die Grausbitnen wegen des Monarchis-

mus auszutreiben. Ich brauche mich absolut nicht zu verstecken, alle bürgerlichen Elemente des Landes zusammen, das kann ich Ihnen als ruhiger und ernster Mann sagen, wollen nichts anderes als Ruhe und Ordnung. Die Herren Sozialdemokraten behaupten auch nichts anderes, sondern dasselbe. Diese Antwort, die ich jetzt gegeben habe, habe ich seinerzeit auch gegeben und die Schriftführerin Ihrer Fraktion, Frau Abgeordnete Tausk, hat Gelegenheit gehabt, sie zu stenographieren. Nichtsdestoweniger — ich kann Ihnen diese Vorhaltung nicht ersparen — haben Sie sich damit nicht zufrieden gegeben und sind im ersten Moment in die Arbeiterschaft hinausgegangen und haben dieselbe aufgehetzt. (Unverständliche Zwischenrufe von sozialdemokratischer Seite. — Lebhaftes Unruhe.) Nun, hohes Haus, habe ich im allgemeinen meine rein private Stellungnahme zu dieser Frage charakterisiert. Ich glaube, es wird im Laufe der Debatte noch Gelegenheit sein, auf einige konkrete Dinge, falls Sie solche bringen, zurückzukommen. Für diesmal, glaube ich, haben Sie zunächst die entsprechende Antwort erhalten. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Sonnhammer: Hohes Haus! Mit tiefem Bedauern vernehmen wir, daß bei einem Teile der Mitglieder des Landtages heute lediglich Heiterkeit zu beobachten ist und diese Heiterkeit ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß Sie sich über verschiedene Dinge in voller Unkenntnis befinden. Sie wissen und haben es in den Zeitungen gelesen, ebenso überrascht wie wir, daß Erzkaiser Karl in Ungarn aufgetaucht ist und Sie haben sich gedacht, was wird aus dieser Sache werden? Werden jene Vorbereitungen, die von allen Stellen getroffen worden sind — denn ohne solche Vorbereitungen wird ein solcher Schritt nicht gemacht — werden diese Vorbereitungen ausreichen, um den beabsichtigten Putsch in Szene zu setzen oder werden sie nicht ausreichen? Es muß gesagt werden, daß es allen Anschein hat, daß die Sache so ausgehen wird, daß sie mißlingt; aber gesichert ist die Sache noch nicht. Heute befindet sich der Erzkaiser noch auf ungarischem Boden und es ist Ihnen wie uns bekannt, daß er die Absicht hat, die Herrschaft der Habsburger wiederherzustellen und, daß von Ungarn aus die Donaumonarchie wieder erobert werden soll. (Landesrat G a ß: „Was kann man machen, Herr Hauptmann?“) Sie werden nichts machen, Herr Abgeordneter, aber andere Leute werden etwas machen. Ich möchte den Mitgliedern dieser Versammlung doch zu bedenken geben, ob, wenn Sie hier lediglich Heiterkeit zeigen, ob Ihnen diese Heiterkeit nicht vergehen wird,

wenn dieser Versuch zur Restauration gemacht und das Blut Ihrer Söhne und Brüder wieder auf den Schlachtfeldern vergossen wird. Dann werden Sie nicht lachen. Hohes Haus! Dieselbe Unkenntnis, die Sie heute an den Tag legen, wo noch die Gefahr besteht, dieselbe Unkenntnis, die aus den ganzen Verhandlungen herausleuchtet, dieselbe Unkenntnis tritt auch zu Tage in der ganzen Heimwehrfrage. Es wurde mit keinem Wort widersprochen, daß dem so ist. (Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. A h r e r: „Sie waren ja früher auch Führer des Arbeiterhilfskorps!“) Ich bitte, Sie müssen mit Ihren Angriffen auf mich vorsichtig sein, wenn Sie nicht wissen, was Sie sagen. (Landesrat R e s e l: „Sie irren sich mit Ihrer Arroganz, Sie junger Mann!“ — Landeshauptmann-Stellvertreter P o n g r a ß: „Das lassen wir uns nicht gefallen von Ihnen!“ — Abgeordneter P i g l macht einen unverständlichen Zwischenruf. — Großer Tumult. — Abgeordneter K r a w a g n a: „Das ist eine Provokation, wir lassen uns das nicht gefallen!“ — Landesrat R e s e l: „Ihre Provokationen stecken wir nicht länger ein!“) Hoher Landtag! Es ist tief bedauerlich, daß solche Zwischenrufe gemacht werden, so daß es fast unmöglich ist, über diese Sache im Zusammenhange zu sprechen. Ich habe die Absicht, diese Sache in vollkommener Objektivität und in zweckdienlicher Weise zu behandeln. Durch die Zwischenrufe des Herrn Dr. A h r e r aber wird es uns unmöglich gemacht, eine Rede zu halten und eine Aussprache herbeizuführen. (Abgeordneter K r a w a g n a: „Wenn Sie die Heimwehr schon hier auf der Galerie haben, dann brauchen Sie keinen Präsidenten hier! Da können wir nicht weiter verhandeln! Das ist eine Provokation, wenn Sie Spitzeln Ihrer Heimwehr in das Haus schicken, dann werden wir sie entfernen, indem wir die Arbeiter hereinrufen, mitsamt den Präsidenten, wenn es notwendig ist!“)

Präsident Kölbl: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Sonnhammer (fortfahrend): Dasselbe Unverständnis, das in Angelegenheit der monarchistischen Umtriebe bei dem allergrößten Teil der Bevölkerung vorhanden ist, dieselbe Unkenntnis ist auch bei einem Teil der Angehörigen der Landesversammlung über die Haltung der Arbeiterschaft in der Heimwehrfrage vorhanden. Es wurde vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. A h r e r behauptet und allgemein dargestellt, daß es eine Notwendigkeit sei, einen Schutzwall gegen den Bolschewismus einzurichten. Wenn Herr Dr. A h r e r wüßte, wie die Sache tat-

fächlich liegt, so würde er ganz bestimmt darauf verzichten. Es ist bei uns nicht so wie im Deutschen Reiche, wo die Arbeiterschaft in mehrere Gruppen zersplittert und vielfach der Hand ihrer Führer entglitten ist. Bei uns steht die Arbeiterschaft geschlossen da und die Art und Weise (Großer Tumult. — Zwischenrufe von der Galerie.)

Präsident Kölbl (ununterbrochen das Glockenzeichen gebend): Laut Geschäftsordnung ist es völlig unstatthaft, daß die Galerie sich irgendwie in die Verhandlungen des Landtages einmengt. Leider habe ich bisher nichts gehört. Ich ersuche die Galerie, sich nach der Geschäftsordnung zu verhalten, sonst müßte ich die Galerie räumen lassen.

Abgeordneter Sonnhammer (fortfahrend): Es ist in der Heimwehrfrage ganz zweifellos, daß umfassende Vorbereitungen getroffen worden sind und daß diese mit dem Schleier des Geheimnisses umgeben wurden. Ich kann mich nicht dazu verstehen, das zu glauben, was Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer behauptet hat, er sei lediglich wie zu jeder anderen Versammlung zur Teilnahme an dieser vertraulichen Sitzung eingeladen worden. Es ist deshalb nicht zu verstehen, weil er, wie nicht widersprochen wurde, dort ausführliche Referate gehalten hat und jene Person war, welche dafür eingetreten ist, die Industrie- und Bankkreise, die noch gar nicht entschlossen waren, zu bewegen, einen bedeutenden, ja einen Millionenbetrag für die Aufrüstung der Heimwehr zu spenden. Es ist Herrn Dr. Uhrer ebenso wie mir bekannt, daß es einiger Mühe bedarf, diese Kreise dazu zu bewegen, und daß ihnen mit der Gefahr des Bolschewismus gedroht worden ist. Diese Gefahr ist jedoch bei uns in keiner Weise vorhanden und es kann in gar keiner Weise bewiesen werden, daß solche Vorbereitungen notwendig gewesen wären. Es wird vielfach von Arbeiterformationen gesprochen und es ist bereits erwähnt worden, daß eine große Unklarheit herrscht über die Arbeiterbataillone. Ich muß den Herren schon sagen, wenn Sie Ihre Heimwehren so in der Hand haben und so verlässliche Elemente in den Heimwehren, wie wir in unseren Arbeiterwehren, und ihre Elemente eine solche Disziplin halten wie in unseren Arbeiterwehren, dann kann ich Ihnen nur gratulieren. Warum haben Sie, wenn Sie das wissen, nicht irgendwie Fühlung zu nehmen versucht in dieser Frage der Aufrüstung, warum haben Sie nicht offen gewirkt, warum vertraulich? Warum dieses Geheimnistum, wenn keine andere Absicht besteht, als der Schutz der Republik? Wenn diese Absicht tatsächlich besteht, dann hat man

keinen Anlaß, heimlich zu tun. Es ist vor kurzer Zeit in der Sackstraße vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer eine Versammlung abgehalten worden, bei welcher gewissermaßen eine Beeidigung der Heimwehren vorgenommen worden ist. Naturgemäß macht man sich aus allen diesen Tatsachen einen Reim, man sieht den Zusammenhang und ich möchte konstatieren, daß nicht nur uns ein Mißtrauen aufgefliegen ist, sondern auch bei jenen Mitgliedern der Heimwehr, welche im Lager der nationalen Parteien stehen, und diese haben es vorgezogen, sich vor der entscheidenden Handlung aus dem Saale zu entfernen. Sie sehen also, daß nicht nur bei uns gegen die Heimwehren ein Mißtrauen entstanden ist, sondern daß dies auch bei den anderen Parteien der Fall ist. Ich möchte nun an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer die Anfrage stellen, ob er bei dieser Beeidigung der Heimwehr auch als Privatmann anwesend war? Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer hat früher den Herrn Landtagsabgeordneten Kessel gewissermaßen als Vater der Heimwehren bezeichnet und es ist mir nicht verständlich, wenn er in einem Atem sagt: „dort sitzt der Mann, welcher die Heimwehren ins Leben gerufen hat,“ und wenn indirekt gesagt wird: „dort sitzt der Mann, dessen Geist beigezogen hat, daß die Heimwehren geschaffen wurden, durch welche in der gefährlichsten Zeit Ruhe und Ordnung wenigstens notdürftig gesichert war, jener Mann, dem man bei einer späteren Gelegenheit, als er um eine notwendige Auskunft eine Frage an die Partei stellt, diese in einer geradezu anmaßenden Weise verweigert“. Dieser Vorgang läßt tief blicken und wir müssen uns dagegen aussprechen, daß eine derartige Politik des Heimlichtuns weitergetragen wird; denn dadurch tragen Sie die Unruhe in die Kreise der Arbeiterschaft, und das, was Sie schlecht machen, das müssen andere wieder gut machen. Sie haben keine Gelegenheit, in die Reihen der Arbeiter zu kommen, das müssen Sie doch zugeben, ich behaupte auch nicht, daß Sie Müßiggänger sind, aber Sie haben keine Möglichkeit, sich von der Stimmung zu überzeugen, die in den Reihen der Arbeiterschaft herrscht, und das, was Sie durch Ihr unvernünftiges Vorgehen schlecht machen, das müssen andere Leute wieder gut machen. Dadurch, daß Sie in einer solchen Art und Weise vorgehen, erschweren Sie uns wesentlich unsere Tätigkeit und, wenn es früher oder später zu Schwierigkeiten kommt, wenn die Aufrüstung der Arbeiterschaft im verstärkten Maße fortgesetzt werden muß, wenn die Arbeiterschaft fürchten muß, die Errungenschaften der Revolution zu verlieren, dann haben

Sie wesentlich dazu beigetragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Landesrat Oberzaucher:** Der Herr Landeshauptmann Dr. Rinkelen hat in seiner Beantwortung der Anfrage erklärt, daß er es ablehnt, sich in die Privatangelegenheit des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Ahrer einzumischen, und hat damit auch erklärt, daß er die Frage der Ausbringung von fünf Millionen Kronen, um eine illegale Wehrmacht im Staate zu schaffen, auch als Privatangelegenheit nimmt und, daß er es als Landeshauptmann ablehnt, in dieser Sache, welche jedoch eine sehr wichtige Angelegenheit für die Ruhe und Ordnung im Lande ist, sich als kompetent zu erklären. Wir können diese Erklärung nicht zur Kenntnis nehmen, denn ich glaube, daß die Ausrüstung, die Schaffung einer illegalen Wehr, die noch dazu nur ganz bestimmte Bevölkerungskreise umfaßt, die geheim geschaffen wird und die sich gegen die Arbeiterschaft, gegen ihre Streiks richtet, daß er diese Ausrüstung als Privatsache betrachtet, das können wir auf keinen Fall zur Kenntnis nehmen. Er hat dann weiter in einem Atem erklärt, daß er für die Heimwehren ist, weil diese eine Schutztruppe ist, wie die übrige Sicherheitswehr, und er sich nicht bewogen finden kann, auf ihre Abschaffung hinzuwirken. Er erklärt hiezu, daß er als Landeshauptmann, als Chef der Landesregierung, als Hüter für Ruhe und Ordnung im Staate, wenn er objektiv handelt, eine illegale Macht, über die es keine genaue Kontrolle gibt, deren Leiter nicht allen genau bekannt sind, deren Tendenzen wir ebenfalls nicht genau kennen, daß er diese Wehrmacht nicht als eine erwünschte Sicherheitswehr betrachten könnte, wenn er der Sache objektiv gegenüberstehen würde. Der Herr Landeshauptmann hat sich damit identifiziert, daß er, wie so verschiedene andere Kreise im Staate, für eine einseitige Bewaffnung verschiedener Bevölkerungsklassen ist, er übernimmt damit auch die Verantwortung für alle jene Dinge, die aus dieser einseitigen Bewaffnung entstehen könnten. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer — ich will auf den größten Teil seiner Bemerkungen nicht eingehen — hat zugegeben, daß das Bürgertum sich bemüßigt fühlt, sich gegen die Arbeiterschaft zu bewaffnen, weil die Arbeiterschaft nicht genügend verlässlich sei, um die Gefahren des Kommunismus zu bekämpfen. Ich glaube nicht besonders darauf verweisen zu müssen, daß in Deutschösterreich es bisher die Arbeiterschaft war, die von selbst die verschiedenen Regungen in ihren eigenen Reihen, die zu solchen Experimenten führen könnten, unterdrückt hat und selbst mit solchen Elementen ausräumt. Wenn die Sache so

geregelt werden soll, daß der Bolschewismus nur von Ihrer Seite durch Schaffung bewaffneter Heimwehren verhindert werden soll, dann haben wir keine Überzeugung dafür, daß diese Ihre Ansicht eigentlich richtig ist, sondern, und dies hat schon der erste Redner erklärt, daß wir im Gegenteile das Bewußtsein nicht wegbringen, daß die Heimwehren nicht in erster Linie dazu da sind, die Gefahren des Bolschewismus einzudämmen, sondern um gegen die Arbeiterschaft verwendet zu werden. Wenn Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer erklärt, daß wir ihm zu unsichere Kantonalisten sind, da er nicht mit uns die Gefahren des Bolschewismus wird bekämpfen können, so muß ich ihm sagen, daß wir das niemals verlangt haben, daß wir es ablehnen, mit Herrn Dr. Ahrer die bolschewistischen Gefahren zu bekämpfen, denn dann würden wir uns identifizieren mit einem ausgesprochenen Monarchisten, wenn er auch hier das Gegenteil sagt. Wir suchen keinen Vorwand und haben kein Verlangen, um mit ihm den Bolschewismus zu bekämpfen, wir verlangen nur, daß nicht auf der Gegenseite aufgetüftelt wird unter einem falschen Vorwand, durch welchen Gefahren entstehen könnten, denen schließlich und endlich der Staat zum Opfer fallen könnte. Das möchte ich gesagt haben zur Meinung des Herrn Dr. Ahrer, daß wir ein Verlangen haben, um gemeinsame Gefahren bekämpfen zu können. Ich habe schon erklärt, daß wir mit der Erklärung des Herrn Landeshauptmannes Dr. Rinkelen nicht einverstanden sein können, und zwar aus den eingangs erwähnten Gründen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Landesrat Dr. Hübler:** Hohes Haus! Auf der einen Seite erhalten wir die Nachricht, daß Erzherzog Karl in Ungarn aufgetaucht ist und dort die Fäden seiner Intriguen spinnst, zugleich hören wir, daß in Mittel- und Norddeutschland bolschewistischer Wahnsinn das deutsche Volk bei seinem Wiederaufbau um Monate, vielleicht im Jahre zurückwirft. Mitten zwischen diesen beiden Polen des Umsturzes stehend, müssen in unserem wehrlosen Deutschösterreich wohl alle Faktoren, die die Verantwortung tragen, in der Behandlung einer so heiklen Frage, wie es die heutige Heimwehrfrage ist, ruhiges Blut und einen klaren Blick bewahren. Ich muß daher meine schärfste Kritik an der Würdelosigkeit der Verhandlungen des Landtages üben. Durch verheerende und aufreizende Zwischenrufe wird weder der Würde des Hauses, noch auch dem Ernste des Augenblicks Rechnung getragen.

Hohes Haus! Wenn die Anfrage der sozialdemokratischen Partei über die Heimwehren darauf hinausgeht, eine Beruhigung bezüglich ihrer Ziele zu erhalten,

so glaube ich, kann dieselbe gegeben werden, wenn es sich aber bloß um eine polemische Debatte zum Fenster hinaus handeln sollte, dann würde ich die Verantwortung dafür nicht übernehmen, mich an ihr zu beteiligen. Ich kann für die großdeutsche Volkspartei erklären, daß wir auf dem Boden des Heimwehrgedankens stehen; wir sehen in der Heimwehr einen durch den Friedensvertrag geduldeten kümmerlichen Rest, für unsere Ordnung und Sicherheit selbst zu sorgen; für uns Großdeutsche ist die Heimwehr eine Organisation, die jedem Umsturz, komme er von links oder rechts, mit gleicher Energie entgegentreten muß, und ich versichere Sie, meine Herren, wir haben in der Heimwehr etwas mitzureden und wir verlassen uns in der Heimwehr auf unsere eigenen Augen. Daß Sie uns in der karlistischen Frage irgendwelche Nachgiebigkeit zumuten würden, dürfte nicht einmal in den erbittertsten politischen Parteikämpfen unterlaufen. Meine Stellung in der Habsburgerfrage ist genügend gekennzeichnet. Während des Wahlkampfes habe ich mich in den verschiedensten Versammlungen mit den Karlisten herumgeschlagen, und in einer wurde mir sogar aus der Reihe dieser Biedermänner der Zuruf zuteil: „Sie sind der erste, der aufgehängt wird, wenn Kaiser Karl zurückkommt!“ (Abgeordneter *T a u s k*: „Aber *W i l h e l m*?“) Sie sprechen da von vergangenen Zeiten. Ich kann Sie nochmals versichern, daß wir für die Frage des Karlismus in der Heimwehr ein offenes Auge behalten werden, und wenn Herr Kollege *S o n n h a m m e r* anspielt auf einen Vorgang in der Sachstraße bei der Vereidigung der Heimwehr, dann ist er falsch unterrichtet, wenn er von einem Hinausdrängen der Großdeutschen spricht, denn es hat sich damals um einen Auszug der Karlisten gehandelt. Ich kann feststellen, daß ein Trüpplein satfam bekannter Karlisten in einem glatten Hinauswurf den Saal der Heimweherversammlung verlassen mußte, und ich muß noch weiter feststellen, daß die Ablehnung dieser Karlisten nicht von der großdeutschen Seite erfolgte. Wir hatten lediglich mit scharfen Augen diese Vorgänge beobachtet, weil für uns die Folgerungen ja gegeben wären: Für uns gibt es in einer Heimwehr mit den Karlisten keinen Platz. Wenn es zu einem Karlistenputsch kommen wird, dann werden Sie uns am Platze finden. Die Notwendigkeit der Heimwehr begründen wir mit folgenden Erwägungen: Die Herren von der sozialdemokratischen Partei sagen, sie hätten so wie den Karlismus auch den Bolschewismus abgelehnt. Ich räume Ihnen die gute Absicht ein. Was ich aber nicht zugeben kann, ist, daß Sie Ihre Massen auch jederzeit in der Hand haben werden. (Landesrat *R e f e l*: „Sie

werden mit den Heimwehren die Massen nicht in Schach halten!“) Bitte, unterbrechen Sie mich nicht, lassen Sie mich ausreden. Sehen Sie zu, daß jeder auf seinem Platze das Seine beitrage! Für unsere Sachlage ist lehrreich, was sich jetzt in Deutschland abspielt. Dort ist bereits eine Scheidung der Geister eingetreten; und wenn Sie heute lesen, daß die Mehrheit der sozialistischen Betriebe eigene Sicherheitsheimwehren einrichtet, weil ihnen die Bolschewiken auch schon über den Kopf wachsen und den Betrieb bedrohen, so werden Sie einsehen, daß auch bei uns eine starke Berechtigung vorhanden ist, das vorbeugend zu tun, was man jetzt in Deutschland zu tun gezwungen ist.

Seitdem die Autorität des Staates und die Volkswirtschaft zusammengebrochen sind, ist das Verbrechen und die Zügellosigkeit groß geworden, und wenn wir durch wirtschaftliche Katastrophen oder politische Erschütterungen von außen den Anstoß erhalten, dann wird sich diese entfesselte Verbrechermenge die Maske des Bolschewismus vorstecken und Sie werden sie nicht aufhalten. (Abgeordneter *L e i c h i n*: „Den Beweis haben wir erbracht!“) Den Beweis haben Sie nicht erbracht. Denn es können noch viel schwerere Belastungsproben für den Staat kommen als bisher. Was uns um den Enderfolg des Abwehrkampfes gegen den Karlismus besorgt macht, das ist der Ton, den Sie jetzt auch gegen jene anschlagen, die in Verfassungsfragen mit Ihnen die gleiche Linie einnehmen. Woher sollen wir Verfechter des Freistaates Deutschösterreich das Vertrauen zueinander nehmen, wenn uns aus allen Ihren Zeitungen ein glühender Haß entgegenstrahlt. (Abgeordneter *L e i c h i n*: „Wenn Sie immer mit den Schwarzen stimmen!“) Wir stimmen weder mit links noch mit rechts. Wenn wir sachliche Gründe hatten, haben wir oft mit Ihnen gestimmt. Bringen Sie vernünftige Anträge, dann stimmen wir mit Ihnen. Hohes Haus! Es handelt sich bei dieser Sache nicht um die Fünf-Millionen-Spende, sondern rein um die Tendenz der Heimwehren. Diese Tendenz ist weder reaktionär in politischem, noch in wirtschaftlichem Sinne. Bezüglich der politischen Seite habe ich unsere Stellung klargelegt: Wir sehen im Karlismus den größten Feind gegen den Anschluß an Deutschland und hoffen, daß wir Deutschösterreicher politisch reif genug sind, um frei zu bleiben, wir hoffen aber auch, daß das deutsche Volk nicht das Beispiel Rußlands nachahmt und in den tiefen Abgrund Bolschewismus sinkt, wir hoffen weiters, daß die Kräfte in Deutschland den sozialen Ausgleich von selbst finden werden. Und bezüglich der sozialen Tendenz der Heimwehr können Sie uns folgendes glauben: Wir werden nicht

die Hand dazu bieten, daß eine vernünftige soziale Entwicklung mit Hilfe der Heimwehren gewaltsam unterbrochen und aufgehalten werde. Wenn Sie diese Beruhigung haben wollen, dann können Sie dieselbe hinnehmen. Wenn irgendwo Ansätze solcher Art bemerkbar würden, dann wären wir die ersten, die sie auf das schärfste bekämpfen würden. Das ist unsere Auffassung in der Heimwehrfrage. (Beifall.)

Abgeordneter **Kobald**: Verehrliche Abgeordnete! Wenn ich Sie nicht anspreche mit dem Worte „Hohes Haus“, so tue ich es deswegen, weil ich, solange ich das zweifelhafte Vergnügen habe, diesem Hause anzugehören, bisher nichts erlebt habe, was auf den Namen „Hohes Haus“ schließen ließe. (Landesrat **Reisel**: „Sie können ja Ihr Mandat niederlegen!“) Das wäre Ihnen so angenehm, deshalb haben Sie mich ja so bekämpft. Diese Gefälligkeit werde ich Ihnen nicht tun. So wie es das Haus verdient, so muß es genannt werden.

Jetzt handelt es sich um folgendes: Es wurde die Frage aufgeworfen wegen der 5 Millionen Kronen, und da wurde eine Debatte abgeführt, die sich um die Heimwehren gedreht hat. Ich möchte die Herren nur darauf hinweisen, daß, wenn in Mittel- und Norddeutschland die Heimwehren bestehen würden, dann hätten Ihre Parteiführer dort nicht flüchten brauchen und wären nicht in Lebensgefahr gekommen, wie es leider der Fall gewesen ist. Wir haben hier Gelegenheit gehabt, in diesem Hause seit dieser Session nichts anderes als einen Kampf zwischen Schwarz und Rot zu führen. Auf der einen Seite finden wir die Weltanschauung der reinen Materie, die hohen Kosten dieses Hauses dazu zu verwenden, Parteistreitigkeiten im Hause auszufragen; ich glaube, daß es wohl am Platze wäre, daß wir uns mit jener Sache befassen, die so notwendig ist. (Abgeordneter **Pigl**: „Keine Überstunden!“) Es ist beschämend für uns, wenn die Öffentlichkeit erfährt, was eine Sitzung im Hause kostet. (Abgeordneter **Pigl**: „Sie können ja wegbleiben, wenn es Ihnen zu teuer ist!“) Ich habe Ihnen nicht viel mehr zu sagen. Ich will nur hier meinen Unwillen dem Herrn Präsidenten gegenüber zum Ausdruck bringen, damit sich nicht etwa derartige Vorkommnisse wiederholen, wie sie sich hier in dem Hause vor einer halben Stunde abgepielt haben, und möchte weiters betonen, daß es gut wäre, wenn der Herr Präsident etwas mehr Energie entwickeln würde. Es besteht nämlich die Gefahr, daß das Haus genau auf dasselbe Niveau sinkt, das das Parlament in Wien einnimmt, und das ist die größte Beschimpfung. Sie haben sich erst aufgehalten gegen die Zwischenrufe und

Sie sind doch in dieser Beziehung die Leistungsfähigsten. (Widerspruch.) Ich halte mich nicht auf, wenn Sie mich unterbrechen, ich finde es nur für unkorrekt und unanständig, wenn man eine Sache, statt sie in natürlicher Form vorzutragen, künstlich aufbauscht, wozu die Grundlage nicht vorhanden ist. Die Heimwehrangelegenheit ist eine Privatangelegenheit. Der eine der Herren Vorredner hat ausdrücklich gesagt, daß die Arbeiterwehr sehr gut organisiert ist, und nun halten Sie sich auf, daß die Heimwehren existieren. Wer zahlt die Arbeiterwehren? Sie, und die Heimwehren zahlen eben die anderen. Ich werde auf dem Platze sein, wie mein Herr Vorredner, der Herr Professor Dr. **Hübler**, gesagt hat, wenn die Republik in Gefahr steht, werden wir auf dem Posten stehen, das soll unser oberstes Gebot sein. (Landesrat **Reisel**: „Da kommt dann der Dolchstoß von hinten!“) Das ist ähnlich, wie die Monarchie mit dem Dolchstoß von hinten geendet hat! Es sollen sich alle jene, die wirkliche Republikaner sind, finden. Wir werden jedenfalls dahin wirken, daß in diesem Hause das zum Ausdruck kommt, was für das Volk notwendig ist. Ich muß sagen, daß ich unabhängig bin und auch niemanden beeinflussen will. Daß aber zwei Parteien sich bekämpfen auf Kosten des Landes, das werde ich als das brandmarken, was es ist: Das ist zum Fenster hinausgeredet, praktische Arbeit wurde nicht geleistet. Wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. **Ahrer** in einer Art geantwortet hat, die mir zum großen Teile gar nicht sympathisch ist, so sage ich das ganz offen, weil ich ganz unabhängig bin. Ich will trotzdem nicht davon absehen und sage: jedem das Seine. Halten Sie als Ihre politische Anschauung das, was Ihnen in Ihrem innersten Gewissen festgelegt ist, dann werden wir uns vertragen und zum Wohle des Volkes wirken. Die Geste, die die Frau Abgeordnete **Tausk** soeben gemacht hat, die hat sie auch schon in Wähler-versammlungen gemacht. Ich will abbrechen, weil ich mich nicht selbst beschuldigen will, mitgetan zu haben bei diesem Skandal, und in der Öffentlichkeit eine Debatte abgeführt zu haben, die dazu bestimmt ist, im Volke die Meinung zu erwecken, daß das Parlament ein Theater ist und sonst nichts. (Abgeordneter **Pigl**: „Und Sie der Kulissenschieber!“)

Abgeordneter **Wihany**: Ich will vom Standpunkte unserer Partei zu der heute aufgerollten Frage Stellung nehmen. Zuerst möchte ich dem Herrn Vorredner in manchen Gesichtspunkten Recht geben. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. **Ahrer** hat bei der letzten Sitzung gesagt: „Und übrigens bin ich neugierig, was nächstens kommt!“ Und es ist mit ziel-



sicherer Tatsache eingetreten, daß sich heute wie in den bisherigen Landtagsitzungen ein Kampf zwischen beiden Parteien abspielt. Wenn es noch ein Kampf zwischen zwei Anschauungen wäre, dann wäre dieser Kampf noch verständlich, so aber ist es nur ein Kampf zwischen wenigen Personen; und für einen solchen Kampf haben wir wenig Verständnis und haben auch nicht die Absicht, diesen Kampf zu unterstützen. In der Frage der Heimwehren möchte ich vom Standpunkte der Bauernbündler folgende Stellung einnehmen: Es wurde nach dem Zusammenbruche ständig gedroht: „Wenn Ihr Bauern das nicht liefert, was Euch vorgeschrieben wird, dann werden wir hinauskommen und es uns holen.“ Diese ständige Bedrohung des Bauernstandes hat eine Gegenwirkung ganz selbstverständlich und zwangsläufig auslösen müssen. Zweitens haben Sie sich in der Wehrmacht eine Parteitruppe gesichert, die die Erklärung abgibt, daß sie eine Parteivwehr ist. Das muß bei uns den Wunsch auslösen, gegen diese Bedrohung zwangsläufig ein Schutzmittel zu haben. Und drittens, wenn der Abgeordnete **D e r z a u c h e r** sagt, er lehnt es ab, gemeinsam mit den bürgerlichen Kreisen den Bolschewismus zu bekämpfen, weil sie das allein tun wollen und weil er die Macht für sich allein in Anspruch nimmt, so müssen wir das bezweifeln. Wir glauben nicht daran, daß die sozialdemokratische Partei imstande ist, die Gefahr des Bolschewismus dauernd abzuwehren, sondern wir ziehen es vor, unsere eigenen Einrichtungen für den Kampf gegen den Bolschewismus zu schaffen. Aber etwas, meine Herren, ist mir vollkommen unverständlich, und zwar, daß heute die so einmütig aufgenommene dringliche Anfrage bezüglich des Erscheinens des Erzkaisers **K a r l** in Verbindung, und zwar aus parteipolitischen Gründen, in Verbindung mit den Heimwehren gebracht wird. Das hat, wenigstens für einen ruhig denkenden Menschen, nichts miteinander zu tun. Nun, meine Herren von der Gegenseite, Sie haben früher gesagt, treten wir an die Frage ruhig heran, und ich möchte auch darüber etwas sprechen. Sie können mir und dem Vertreter des Bauernbundes wohl zumuten, daß wir diese Frage ruhig zu behandeln beabsichtigen. Es ist bereits vom Herrn Landesrat **H ü b l e r** gesagt worden, daß das städtische Bürgertum auf dem Standpunkte des republikanischen Gedankens steht, und ich kann, meine Herren, diese Erklärung dahin ergänzen, daß auch der größte Teil, ja fast die ganze Bauernschaft, republikanisch denkt, und es ein bewußtes Schlagwort Ihrer Partei ist, wenn man immer von monarchistischen Bauern spricht. Sie haben weiter gesagt, wir hätten keine Gelegenheit, in Arbeiterversammlungen zu

gehen, um die Stimmung der Arbeiter kennen zu lernen. Da muß ich sagen, daß auch Sie keine Gelegenheit haben, in Bauernversammlungen zu gehen, um die Stimmung der Bauernschaft kennen zu lernen, und ich drücke die wirkliche Gesinnung der steirischen Bauern damit aus, daß wir republikanisch gesinnt sind und nicht die Absicht haben, mit den Heimwehren eine Reaktion gegen die Arbeiterschaft aufzurichten, sondern wir wollen in den Heimwehren einzig und allein ein Instrument zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande sehen. Und unser Einfluß reicht ebenfalls soweit, daß mit den Heimwehren sicherlich kein Spiel getrieben werden kann und getrieben werden wird. Das möchte ich den Herren von der sozialdemokratischen Partei ruhig gesagt haben, und ich bitte, dies auch Ihren Arbeitermassen ebenso zur Kenntnis zu bringen und ihnen nicht nur ständig den Teufel an die Wand zu malen. Hören Sie mit den Drohungen auf und wird unsere Wehrmacht unpolitisch, dann gibt es keinen Grund, weder für uns noch für Sie, wieder besondere Organisationen aufzurichten. (Beifall.)

**Landesrat Refel:** Hoher Landtag! Bei der heutigen Debatte ist ganz genau dasselbe eingetreten, was bei der letzten dringlichen Anfrage bezüglich der Denunziation des Landeshauptmannes bei der Entente wegen des Niklasdorfer Waffendepots eingetreten war. Wir haben die Anfrage nicht als gegen die Heimwehren gerichtet gebracht, sondern wir haben gefragt, wie man das verantworten kann, daß man die Heimwehren aufrüstet mit dem Gelde der Kapitalisten. Ich bitte, wenn Sie hören würden, daß wir Sozialdemokraten uns mit den Kommunisten und weiß wem zusammensetzen, geheim natürlich, damit niemand etwas erfährt, und beschließen, Fonds zur Aufrüstung von Formationen zu gründen, so würden Sie mit Recht beunruhigt sein und annehmen, das ist eine Sache, die sich gegen das Bürgertum richtet. Nun, meine Herren, wenn sich die Banken, der Großgrundbesitz und die industriellen Kapitalisten zusammensetzen und beschließen, 5 Millionen Kronen jährlich für die Aufrüstung der Heimwehren auszugeben, so kann die Arbeiterschaft nichts anderes annehmen, als daß sich das Großkapital zu dem Zwecke zusammenschließt, die Heimwehren sollen dem Großkapital dienstbar gemacht werden. Was soll die Arbeiterschaft sonst annehmen? Und dagegen richten und wenden wir uns, das ist das beunruhigende Moment und nicht die Heimwehren an sich, denn es fällt uns wirklich nicht ein, uns vor den bestehenden Heimwehren zu fürchten. Wir stehen aber auf dem Standpunkte, wenn wir die Aufrüstung der Heimwehren sehen, so ist es selbstverständlich für uns Ver-

anlassung, auch aufzurüsten, und in der Begründung der Anfrage hat mein Kollege Oberzaucher schon darauf verwiesen, daß diese gegenseitige Rüsterei zur größten Gefahr führt, und es eines schönen Tages zu Ereignissen kommen kann, die wir bisher glücklich hintangehalten haben. (Zwischenruf: „Sie wollen den Bolschewismus bekämpfen und wir auch!“) Wir haben durchaus nicht die Absicht gehabt, in einer solch schnoddrigen, dem Naschmarkt würdigen Weise, wie es der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer getan hat, die Frage zu behandeln. Das werden alle zugeben, diese Art parlamentarischer Handlungsweise, wie sie der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer geübt hat, ist des Hauses und aller Parteien unwürdig. (Zwischenruf: „Auf einen groben Kloß gehört ein grober Keil!“) Sein Bestreben ist, von dem Kern der Sache abzukommen, vom Hundertsten ins Tausendste zu gehen, die Dinge unrichtig, zum Teile wesentlich unrichtig darzustellen, wenn ich nicht sagen will erlogen, und daraus Argumente zu folgern, zu denen Sie, ich bedaure es, in der Regel bereit sind, zu lachen. Ich möchte feststellen, daß, wenn bei uns einer mit solchen Argumenten hantieren würde, er das Gelache und den Beifall unserer Genossen nicht finden würde. (Zwischenruf: „Leichin!“) Der Herr Abgeordnete Leichin ist viel zu ernst, er meint es mit unserer Sache viel zu ehrlich, um überhaupt so zu handeln, wie es der Herr Dr. Uhrer tut; er ist nicht in der Lage Bankdirektor zu werden, sondern ist in der Partei, um nur dieser zu dienen. Nun, meine Herren, das soll ein Witz des Herrn Dr. Uhrer sein: „Da schauen Sie, da ist der Vater der Heimwehren!“, und dabei hat er auf mich herübergezeigt. Ist es vielleicht schändlich für mich, daß ich in den ersten Tagen des Umsturzes mit dafür gesorgt habe, daß sich die Bevölkerung wehren kann gegen die rückstufenden Meuterer, gegen die Bildung von grünen Kadern? Gerecht mir das vielleicht zur Unehre? Nein, meine Herren! Wenn der Herr Landeshauptmann erklärt, die Heimwehren haben die Ruhe und Ordnung im Lande zu wahren und sie sind nicht gegen die bestehende Verfassung, dann, Herr Landeshauptmann, bitte ich, die Frage etwas besser zu studieren, und wenn Sie die Frage etwas besser studiert hätten, könnten Sie derlei nicht behaupten. Erstens ist es fraglich, ob heute, wo wir eine geordnete Verfassung haben, die Bestimmungen, die in den ersten Tagen des Umsturzes von den Militärbevollmächtigten erlassen wurden, überhaupt noch zu Recht bestehen können. Ich glaube nicht. Zweitens bestehen über die Heimwehren beziehungsweise über deren Organisation zweierlei Exemplare,

ich habe sie beide hier und ich habe auch das ursprüngliche Konzept über die Bildung der Heimwehren hier, und alle drei Exemplare weichen voneinander ab. Aber ich frage Sie, wo ist das Exemplar, das ich unterschrieben habe? Wenn Sie nun sagen, daß so etwas überhaupt möglich ist, „da hätten Sie selbst aufpassen sollen!“

Nun, meine Herren, wenn die Herren von drüben, die sich jetzt so aufmachen, ehrlich wären, und wenn noch einzelne Herren von Ihnen, die damals in der ersten provisorischen Landesversammlung, im Landesausschusse gesessen sind, wenn die ehrlich wären, so müßten sie zugestehen, daß mir und uns nicht die Zeit geblieben ist, auch nur einigermaßen die Sache anzuschauen, ob da nicht etwas unterlaufen ist, weil wir eben viel zu viel zu tun hatten, um in Graz und in Steiermark überhaupt die Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten, weil die gesamte Bevölkerung nicht einmal den zehnten Teil der Ereignisse kennt, die sich damals abgespielt haben. Hätte ich vielleicht kollationieren sollen, ob der Entwurf der Heimwehrgeneration mit dem gedruckten Exemplar übereinstimmt, wo berichtet wird, daß zwei Divisionen Ungarn nach Graz im Anmarsche sind in vollen Waffen? Hätte ich kollationieren sollen zu einer Zeit, wo ein Zug nach dem andern voll bewaffneter Leute angerückt kam? Ich habe meine Zeit dazu benützt, um mich und meine Parteigenossen, die Arbeiter, auszurüsten, damit allen Gefahren begegnet werden kann, und wir waren ehrlich bestrebt, die Ordnung im Staate aufrecht zu halten, und zwar vielfach unter Hintansetzung des eigenen Lebens. Niemand war damals so viel genannt und so verschimpft, wie gerade ich, und nicht deshalb, weil ich vielleicht Schlechtigkeiten begangen habe, sondern weil jeder von allen diesen Elementen, die gerne eine Turbulenz gehabt hätten, angenommen hat, ja wenn der nicht wäre, ginge die Sache nicht so in Ordnung und dann könnte man machen, was man wollte. Und daraus nun, daß ich nicht auf alles so achten konnte, trachtete Herr Dr. Uhrer gewissermaßen einen Witz zu machen oder mir einen Strick zu drehen. Ich sage aber, mit einer solchen Beweisführung würde ich mich in meine eigene Seele hinein schämen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Sehr richtig!“) Wenn es darauf ankäme, kann ich sagen, ich wüßte manches anzuführen, sage es jedoch nicht, weil ich es nicht mit meinen eigenen Gefühlen, mit der Ehre eines Politikers in Einklang bringen kann, eine solche Beweisführung, wie sie der Herr Dr. Uhrer getan hat, überhaupt zu beginnen, geschweige denn auf ihre Wirkung hin zu versuchen.

Nun, meine Herren, die Heimwehren wurden seinerzeit unter Zustimmung der Militärbevollmächtigten gegründet, aber sie bestehen eigentlich nicht mehr zu Recht. Ihnen fehlt die gesetzliche Grundlage, weil erstens wir heute andere Gesetze haben und andere Zeiten sind wie damals, und zweitens, weil niemand nachzuweisen vermag, was von diesen Bestimmungen über die Heimwehren Gültigkeit hat. Und wissen Sie, selbst wenn man annehmen würde, daß alle Bestimmungen über die Heimwehr Gültigkeit haben, daß also alles zu Recht bestehe, so müßte man sich doch fragen, ob die Heimwehren wirklich nach diesen Bestimmungen gebildet wurden und nach diesen Bestimmungen ausgerüstet sind. In beiden Exemplaren über die Heimwehr und ebenso im Konzept steht darinnen, daß die Heimwehren der Hauptsache nach vorzüglich mit Jagdgewehren auszurüsten sind. (Landesrat Gaß: „Ja, mit Bogen und Pfeilschiffel!“) Ich überlasse es dem hohen Hause zu beurteilen, wenn bei einer ernstlichen Behandlung dieser Frage solche Zwischenrufe gemacht werden, was dieser Miß für einen Sinn hat und in welche Kategorie von Politikern der Herr Landesrat einzureihen ist. Meine Herren! In allen diesen Bestimmungen steht es: „so sind sie auszurüsten“. Aber nicht bloß das. Ich habe ein genaues Verzeichnis über die offiziell an die Heimwehr ausgegebenen Waffen. Es steht hier: „Mit Jagdwaffen und dergleichen“, und ich möchte nun die Frage aufwerfen, von wem wurden die Maschinengewehre zu den Heimwehren hinausgeschleppt? Offiziell wurde keines ausgegeben. Wer hat nach Kroisbach Stahlhelme, Sturmhelme hinausgebracht? Offiziell wurden sie nicht ausgegeben. Wer hat sie gestohlen und den Heimwehren zugebracht? Daher ergibt sich der Zusammenhang, daß wir annehmen, daß ein gewisser Zwischenraum zwischen den Ausführungen des Herrn Dr. Ahrer und unserer Anfrage existiert. Wozu die Heimlichkeiten und deraartige Aufrüstungen? Hat die organisierte Arbeiterschaft dazu irgend welche Veranlassung gegeben? Ich weiß, Dr. Ahrer wird bereit sein, uns aufzuzählen: „Dort hat man einen Polizisten hinausgeschmissen, da ist das und das geschehen.“ Aber ich frage: haben wir in Osterreich und in Steiermark nicht tausendmal mehr Ordnung als in Italien, Deutschland, Böhmen oder irgendwo? Wer hat diese Ordnung hergestellt? Wer macht dies möglich? Der Herr Landeshauptmann möge noch so mit dem Brustton der Überzeugung von den Gesetzen reden, er wird die Einhaltung dieser Gesetze nicht erzwingen, es wird ihm nicht gelingen, diese Einhaltung zu erzwingen, wenn nicht der größere Teil der Bevölkerung, das ist die Arbeiterschaft selbst, der

organisierte Teil derselben, diese Ordnung aufrecht erhalten wird. Und gegen diesen Teil der Bevölkerung wird aufgerüstet, indem man bei den Kapitalisten Geld schnorrt unter der Behauptung, es handle sich um die Bekämpfung des Bolschewismus. Das ist der springende Punkt und ich frage Sie, meine Herren, weil wir vom Zusammenhange reden, zu wem ist Exkaiser Karl zuerst gekommen? Zum Obersten Lehar. Wissen Sie, wer Oberst Lehar ist? Lehar ist der Freund des Peinlich, der mit ihm in engster Verbindung gestanden ist. Sie selbst haben dazu beigetragen, daß in Ungarn die Leharleute gerade unsere Waffen an der Grenze stehlen, plündern und rauben konnten. Ich glaube, Sie hätten alle Ursache, der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu danken, daß sie Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten hat. Denn in den ersten Wochen des Umsturzes hätten wir, wenn wir gewillt gewesen wären, machen können, was uns gut gedünkt hätte (Präsident Dr. Dankine: „Wie lange hat die Ruhe und Ordnung gehalten?“). Sie hätten keinen Umsturz herbeigeführt und Sie und Ihre Leute hätten nichts aufgehalten. Unsere Einsicht war es, die in erster Linie dazu beigetragen hat, die Ordnung herzustellen. Nun hören wir, es muß aufgerüstet werden, denn dort wird gestreikt, dort wird demonstriert, da haben sie geschossen und so weiter. Nun, ich bin in den Pfingsttagen oder zu Ostern etwas herumgekommen und muß sagen, daß eine erhebliche Portion von Munition der Heimwehren verschossen wurde. Und ich möchte gern wissen, ob alle diese Waffen, die offiziell oder durch Diebstahl hinausgekommen sind, ob alle diese Waffen noch draußen vorhanden sind. Mir ist ein lebhafter Waffenschmuggel nach Ungarn bekannt und daß ziemlich viel Gewehre, die nicht in den staatlichen Magazinen sondern sonstwo aufgekauft wurden, über die Grenze gebracht wurden. Karl ist zu Oberst Lehar gegangen, Lehar ist der Freund der Habsburgerherrschaft, der Freund des Peinlich. Glauben Sie, wir wissen nicht, daß vom Gendarmeriekommando offiziell 1000 Gewehre angefordert wurden, nicht für die Gendarmerie, sondern dazu, sie aufs Land zu verschleppen, und da sollen wir glauben, das ist alles wegen der Kommunisten und Bolschewisten. Sie müssen doch rein glauben, daß wir an Troffelosis leiden, wenn Sie uns zumuten, daß wir das alles ansehen sollen und sagen: „Nun ja, das geht alles gegen die Bolschewisten“, und daß wir dazu weiter kein Wort sagen. Meine Herren! Den Heimwehren ist dadurch, daß eine typische Kapitalistengruppe das Geld für sie hergegeben hat, oder hergeben soll, kein Dienst erwiesen worden. Meines Erachtens ist dadurch der Vorwurf: „Ihr seid Kapitalistensöldlinge“ vollauf berechtigt. Es

handelt sich nicht bloß um den Monarchismus, sondern wir Sozialdemokraten halten an den bestehenden Freiheiten der Republik fest, wir wollen uns die nicht verkümmern lassen und nicht nur der ist kein Republikaner, der sagt: „Hoch Karl!“, sondern auch derjenige, der die bestehenden Rechte und Freiheiten der Arbeiterschaft zu beschneiden und einzudämmen bestrebt ist. Auch darum handelt es sich. Wir müssen uns wehren gegen eine solche Aufrüstung mit den Geldern der Kapitalisten. Die Folge ist, daß wir auch aufrüsten und seien Sie versichert, meine Herren, wägen Sie Ihre Kräfte ab, wir haben sie schon gewogen, seien Sie versichert, wenn wir bereit sind abzurüsten, dann können Sie das umso eher, weil wir die Stärkeren sind (Abgeordneter **W i j a n n**: „Nur wenn auch die Parteivwehr aufhört!“). Entschuldigen Sie, da wird immer erklärt, wenn wir die Parteivwehr nicht hätten. Ja bitte, ist das unsere Schuld, daß in der Wehrmacht der Hauptsache nach Proletariet aus den Städten und Industrieorten sind? Haben wir irgendwie einen Bauernsohn abgehalten, der Wehrmacht beizutreten? Hat sie jemand daran gehindert? Aufmerksam möchte ich machen, daß gerade wir am meisten bestrebt waren, die vergangene Volkswehr zu einer Wehr für die Republik zu gestalten, und daß uns manches möglich war, was Ihnen unmöglich gewesen wäre. Wir haben manche Interventionen in den Kasernen mitgemacht, wo Dinge möglich gemacht wurden, bei welchen andere als Zuschauer nicht die mindeste Wirkung erzielt hätten. Wir müssen sagen, es ist uns manches gelungen. Die Verhältnisse haben sich immer mehr konsolidiert und gebessert und jetzt, wo sie derart sind, daß wir auf dem Standpunkt stehen: „Weg mit den Gewehren, genug mit Waffen, lassen wir sie verschwinden“, da wird der Beschluß gefaßt zur Aufrüstung mit den Millionen des Kapitals.

Nun noch etwas anderes. Sie, die Bauernbündler und die Großdeutschen erklären, unsere Heimwehren sind für den Bolschewismus nicht zu haben. Ich möchte doch ein paar Worte darüber verlauten lassen und fragen, wie es mit dem Republikanismus bei den Christlichsozialen steht? (Abgeordneter **S e e h o f e r**: „Besser wie bei Ihnen!“) Sehen Sie, meine Herren, das bisherige Benehmen dieser Partei ist nicht danach angefaßt, daß man mit voller Berechtigung sagen kann, die Republik ruht in sicheren Händen. Die Herrschaften haben selbst eingestanden, daß bei ihnen ein monarchistischer Flügel existiert, sie haben es eingestanden sogar in der Nationalversammlung. Sie kennen die Dinge, Sie lesen sie in den Zeitungen und reden nach, was Sie hier und da gehört und gelesen haben, Sie

haben selbst einen monarchistischen Flügel hinter sich. Das eine kann ich schon sagen, im allgemeinen glaube ich auch, daß die christlichsozialen Bauern eher Republikaner sind als Monarchisten; denn, entschuldigen Sie, die Monarchie hatte auch ihre Schattenseiten für die bayerische Bevölkerung. Deshalb ist auch in der schwarz-gelben Staatswehr gestanden, ob wieder die alte allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden wird, wenn der Kaiser kommt? Das ist noch nicht ganz sicher, aber es kann auch anders gemacht werden.

Aber, daß sonst bei Ihnen der Republikanismus nicht sehr tief sitzt, und daß aus Ihren Reihen Leute tätig sind, welche die Schwarzgelben unterstützen, das steht außer Zweifel. (Landesrat **P r i s c h i n g**: „Beweise!“) Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, er kann ohne **P e i n l i c h** nicht leben, dieser **P e i n l i c h** ist ein Schwarzgelber und hat bei **L e h a r** gedient und der ist wieder der, zu dem **K a r l** gekommen ist, und ich glaube daher, daß es wohl nicht schwer ist, solche Beweise zu erbringen. Außerdem möchte ich aufmerksam machen, daß ein Teil der Christlichsozialen, wenn Sie sich auch nicht direkt Christlichsoziale nennen, mit Ihnen Verbindung hat, und daß diese immer direkt für die Monarchie eintreten. (Widerspruch.) Gehört Professor **D r. U d e** zu Ihnen oder nicht? Oder gehört **D r e i l** zu Ihnen oder nicht? Genau so ist es in Tirol, **S c h r a f f e l** und **S c h ö p f e r** sind beide Christlichsoziale, aber ein jeder hat eine besondere Wählerliste aufgestellt. Beide gehören aber zu Ihnen. Unter Ihren Reihen sind Monarchisten und deshalb wird uns niemand dazu bringen, zu glauben, daß die Heimwehren verlässlich für die Republik und gegen die Monarchie sind, wohl aber sind wir der Überzeugung, daß durch den letzten Akt, der vollführt wurde, daß Sie das Großkapital aufgerufen haben zur Abgabe von Geld für die Aufrüstung von Heimwehren, daß dadurch die Heimwehren gewissermaßen zum Werkzeug der Kapitalisten gestempelt wurden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter **L e i c h i n**: Die Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters **D r. A h r e r** sind weiter nichts als ein Mittel, der Sache aus dem Weg zu gehen und schließen sich logisch an die Ausführungen an, die er früher gemacht hat. Ich glaube, Herr Doktor **A h r e r** hat auch alle Ursache, den Dingen nicht auf den Grund zu gehen, sondern denselben auszuweichen. Ich erinnere nur an die vorhergegangene Debatte über unseren Dringlichkeitsantrag und die dringliche Anfrage des Herrn Landesrates **D r. H ü b l e r**, was die Landesregierung zu tun gedenkt anlässlich der Anwesenheit **K a r l s** in Ungarn. Und was haben wir er-

fahren? Daß alle Parteien eine prinzipielle Erklärung abgegeben haben, die dahin ging, daß sie den Monarchismus ablehnen und entschieden dagegen Verwahrung einlegen, daß sich vielleicht Karl in Steiermark oder in der Nähe niederlasse. Haben sie aber eine solche Erklärung von den Christlichsozialen gehört? Nein! Und da müssen Sie zugeben, daß, wenn ich mich in einer so wichtigen prinzipiellen Frage gar nicht äußere, sondern sie eigentlich übergehe, ich mich mit dem einverstanden erkläre, was in dem Antrage bekämpft wurde, wenngleich Sie auch für den Antrag des Herrn Dr. Hübler gestimmt haben. Wir sind aus dem Verhalten Ihrer eigenen Partei am heutigen Tage allein zur Auffassung gezwungen, daß Sie alle samt und sonders Monarchisten sind und Ihre Aktion nur darauf anlegen, die Monarchie wieder bei uns in Steiermark oder in Osterreich aufzurichten. Nun wurde wiederholt gesagt, daß die Heimwehren nichts anderes sein sollen als ein Schwanzmittel gegen den Kommunismus, und ein Vertreter der Bauernbündler hat erklärt, daß wir in Zukunft nicht in der Lage sein werden, den Kommunismus abzuwehren, weil wir zu schwach sein würden. Lassen wir die geschichtlichen Daten von den letzten zweieinhalb Jahren sprechen. Wann war die Gefahr des Kommunismus in Osterreich am größten, gegenwärtig oder in der ersten Hälfte des Jahres 1919? Damals, als die Räterepublik in Budapest ausgerufen wurde, damals, als auch in München das frevelhafte Spiel begonnen hat, damals war die kommunistische Gefahr am größten. Und wo sind Sie damals gewesen, um uns Beistand zu leisten gegen den Kommunismus? Damals haben Sie sich alle verkrochen und haben die schwere Aufgabe uns allein überlassen, den Kommunismus zu bekämpfen. Jetzt, wo bei uns keine Gefahr mehr vorhanden ist und wo auch das Experiment in Rußland zum Zusammenbruche geführt hat, jetzt kommen Sie und sagen, Sie rüsten nur gegen den Kommunismus, Sie wollen Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten gegen die großen Gefahren, die aus Rußland drohen, und es gibt Leute, die erzählen, daß die Bolschewisten in Petersburg und Moskau planen, im Frühjahr eine Offensive auszuführen, um uns zu bedrohen. Ich glaube, das ist nur ein verstecktes Spiel gegen die Arbeiter, um diese mit Ihren Heimwehren in Schach zu halten. Ist es wirklich notwendig, daß wir Heimwehren haben, besteht für die öffentliche Ruhe und Ordnung oder das Privateigentum des Bürgertums irgend welche Gefahr? Seit dem Umsturze haben wir alles getan, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und Herr Landesrat Resel hat schon gefragt, wo Sie gewesen sind, als

es gegolten hat, gegen diese Gefahren anzukämpfen. In der ganzen Zeit seit dem Umsturze bis Ende 1919 hatten wir es allein verstanden, uns diesen großen Gefahren entgegenzuerwehren, und wir haben alle Kräfte aufgebieten, um diese Gefahren abzuwenden. Das war nichts Leichtes, diesen Gefahren entgegenzutreten, und ich habe keinen von Ihnen gesehen, der von Versammlung zu Versammlung gegangen wäre, um den Arbeitern zu sagen, daß der Kommunismus für uns ein gefährliches Experiment wäre und daß wir denselben ablehnen müssen deshalb, weil das, was in Rußland vor sich geht, nicht unser Ziel sein kann. Damals habe ich keinen von Ihnen in Versammlungen entdecken können, damals waren Sie noch zu feig, aber jetzt, nachdem sich auch im Auslande, leider durch die Unvernunft einzelner Arbeitergruppen, reaktionäre Kräfte zeigen, treten Sie auf den Plan, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten, in Wirklichkeit aber nur, um die Arbeiter zu bekämpfen, und das ist klipp und klar aus den Ausführungen des Herrn Doktor Uhrer hervorgegangen. Er sagt, er ist als Privatmann zu der Sitzung der Banken und Industriellen eingeladen worden, er war nicht Anreger dieses Unternehmens der Banken und Industriellen für die Geldbeschaffung der Heimwehren. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer ist also zu dieser Sitzung nur als Privatperson eingeladen worden, damit er den Herren erzählen kann, was er als Landeshauptmann-Stellvertreter mitzuteilen hat. Was konnten diese Direktoren fordern? Was wollten sie wissen? Vielleicht wie es mit der Sicherheit gegenüber den Arbeiterklassen steht, oder ob es möglich sei, gelegentlich den Arbeiterklassen bei ihren Forderungen entgegenzutreten? Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer hat auf die spontanen Streiks, auf die wilden Streiks hingewiesen, welche die Bevölkerung sich nicht gefallen lassen kann, aber sonderbarerweise, wenn es sich um Beratungen handelt, um die Milch- oder Fleischpreise zu erhöhen, da sagen Sie immer, der Herr Landeshauptmann Dr. Rinkelen und der Herr Landesrat Prisching: „Ja, wenn die Bauern höhere Preise verlangen, so sind sie dazu auf Grund der bestehenden Gesetze berechtigt, und Ihr müßt einen Ausgleich durch höhere Löhne suchen.“ Mit welchem Rechte kann dann der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer aussprechen, daß er ein Feind dieser Streiks ist, wo es sich doch um nichts anderes handelt, als zu dem Ziele zu kommen, auf welches die Herren verweisen, um durch Streiks oder Lohnbewegungen erhöhte Löhne für uns zu erreichen, damit wir die höheren Preise, die von

uns von den Bauern für die Lebensmittel gefordert werden, zahlen können. Aber es gibt noch andere Beweise dafür, daß es ein wahrer Humbug ist, von den Gefahren des Kommunismus zu sprechen. Ich hatte einmal Gelegenheit, mit Herrn Landeshauptmann Doktor Rinkelen zu sprechen, das heißt, er hat mich im Waggon aufgesucht und da habe ich mit ihm einige Worte gesprochen. Damals hat er mir erzählt, daß er mit Vertretern der Entente verhandelt habe und daß diese die Kredite bewilligen würde, welche unsere Industrie fordert, aber sie fürchten den Bolschewismus. Aber der Herr Landeshauptmann habe in Kenntnis der inneren Verhältnisse bei uns dem Vertreter der Entente erklärt, daß diese Gefahr des Bolschewismus bei uns gar nicht besteht; er hat mir ferner erzählt, daß er dem Vertreter Englands erklärte, daß die Sozialdemokraten flüchtige Männer in die Regierung entsendet haben, und daß bisher alle Kräfte aufgewendet worden sind, um den Bolschewismus zu bekämpfen. Ich glaube kaum, daß der Herr Landeshauptmann damals ein Interesse hatte, mir etwas vorzumachen, denn ich hatte ihn ja nicht aufgefordert, daß er mir eine solche Erklärung abgibt. Wenn nun der Herr Landeshauptmann, als doch der kompetenteste Mensch, erklärt, daß keine Gefahr des Kommunismus bei uns besteht, dann verstehe ich nicht, wie Sie dazu kommen, heute zu erklären, daß es notwendig ist, den Kommunismus und Bolschewismus zu bekämpfen, weil er uns ständig bedroht. Das ist nur zu verstehen dadurch, daß Sie nicht den Bolschewismus bekämpfen wollen, sondern daß Sie weiter nichts sind, als die bezahlten Söldlinge des Kapitalismus. Wir haben diese Erfahrung auch gemacht bei der Vermögensabgabe; da haben Sie sich mit den Großbanken in Verbindung gesetzt, nicht etwa deswegen, damit die Banken, die Kapitalisten dem Vaterlande das geben, was demselben gehört, sondern damit Sie das Kapital schützen, und heute sehen wir dasselbe Spiel. Sie setzen sich wieder mit den Großbanken, den Kapitalisten, in Verbindung und suchen sich jene kapitalistische Macht zu schaffen, die einzig und allein nur den Zweck hat, der Arbeiterschaft ihre Rechte zu nehmen, die sie sich seit dem Umsturze errungen hat und gleichzeitig den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, mit Hilfe ihrer Organisation eine menschenwürdige Existenz erkämpfen zu können. Aus diesem Grunde müssen Sie verstehen, daß wir alle Ihre Argumente für unehrlich erkennen müssen, und erkennen müssen, daß Sie nur verdecken wollen, was im Grunde aller dieser Machinationen ruht, daß Sie im Dienste des Großkapitals stehen, und daß Sie dazu Ihre Bauern

da draußen brauchen. Wenn Sie sie aufklären wollten und zeigen wollten, daß Sie nichts anderes sind als die Söldnerknechte des Finanz- und Industriekapitals jüdischer und christlicher Seite, dann würden Ihre Bauern Sie verlassen und würden sagen, mit diesem Christentum, das sich in den Dienst jüdischer Banken stellt, haben wir nichts gemein. Aus diesem Grunde müssen Sie verstehen, daß wir uns in jeder Beziehung schützen und hüten müssen. Sie wissen, daß die Erklärungen, die Sie seit dem Bestehen des Landtages abgegeben haben, nicht wahr gewesen sind, daß Sie uns getäuscht haben, wenn Sie sagen, in dieser Art Ihrer Politik sei etwas anderes gelegen, als ein Mittel, die Arbeiter zu unterdrücken. Wir werden die Arbeiterschaft zu schützen verstehen. Die organisierte Arbeiterschaft wird die Kräfte finden, welche notwendig sind, um sie gegen die Monarchie zu schützen, und die es ihr jederzeit ermöglichen, die Republik aufrecht zu erhalten und Ruhe und Ordnung zu halten. Sie sind nicht dazu da, daß Sie die Heimwehren dazu schaffen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern nur, um der Reaktion freie Bahn zu schaffen. (Bravorufe bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter **Sonnhammer**: Hohes Haus! Ich werde Ihre Aufmerksamkeit nicht sehr lange in Anspruch nehmen. Ich möchte sagen, daß ich der Debatte mit großer Aufmerksamkeit gefolgt bin, und aus den Stimmen der nationalen Abgeordneten entnommen habe, daß sie sich fest auf den Boden der Republik stellen, daß aber eine derartige Stimme von Seite der Christlichsozialen ausgeblieben ist. Es ist festzustellen, daß diese Debatte von den Christlichsozialen mit der größten Sparsamkeit abgewickelt worden ist, daß lediglich Herr Dr. **Uhrer** gesprochen hat und daß alle übrigen bei der Abstimmung eine klare Stellungnahme nicht erkennen haben lassen. Daraus kann man genügenden Schluß ziehen. Sie haben aus den Ausführungen des Herrn Landesrates Dr. **Hübler** entnehmen können, daß bei einer Versammlung der Heimwehren monarchistische Elemente vorhanden waren, die dann bei einer etwas zu gewagten Haltung entfernt werden mußten. Es ist aus der ganzen Debatte nicht hervorgegangen, welchen Zwecken eigentlich die 5 Millionen, die von den Banken und der Industrie gefordert werden, tatsächlich zugeführt werden sollen. Der Herr Dr. **Uhrer** ist, wie wir wissen, ein maßgebendes Mitglied der Versammlung gewesen, die den Beschluß gefaßt hat, die Millionen zur Verfügung zu stellen. Er mußte die Ausführungen damit beginnen, uns zu erklären, welchen Zwecken die fünf Millionen zugeführt werden sollen. Von den groß-

deutschen Abgeordneten haben wir gehört, daß sie Heimwehren besitzen, daß diese gut organisiert sind und keinen anderen Zweck haben, als den Schutz der Republik und bestehenden Ordnung. Diese Heimwehren sind zusammengesetzt aus Studenten und anderen Anhängern der Partei, sie bestehen schon lange und benötigen nicht die Millionen, sie rechnen nicht damit, mit Geld von der Industrie und den Banken unterstützt zu werden. Damit rechnen zweifellos in erster Linie jene Heimwehren, die hinter ihren Parteien stehen. (Zwischenruf: „Wir arbeiten zusammen!“) Man wird aus den Ausführungen der großdeutschen Partei vielleicht entnehmen können, ob auch sie glaubt, daß ihre Heimwehren nicht nur durch den Sinn und den guten Willen für Recht und Ordnung aufrechterhalten werden, sondern ob sie dazu Geld benötigen und ebenfalls Lust haben, sich als Söldlinge des Großkapitals bezeichnen zu lassen. In ihren Heimwehren haben sie monarchistische Elemente, das ist hervorgegangen nicht aus den Ausführungen unserer Parteigenossen, sondern aus den Ausführungen des Herrn Landesrates Dr. Hübler. Zu was werden Sie die 5 Millionen brauchen? Für Anschaffung von Waffen und Munition? Die haben Sie schon zu Hunderttausenden in vollkommen ausreichendem Maße. Notwendig wird wahrscheinlich eine entsprechende Agitation sein. (Rufe bei den Christlichsozialen: „Die haben wir nicht notwendig!“) Die werden Sie dazu benötigen, solche Leute zu bestellen, welche der Bewegung einen neuen Schwung geben sollen; und wer sind die Leute? Das sind nicht die Parteigänger der Großdeutschen, auch nicht die Bauern, sondern das sind andere Leute, welche vor nicht langer Zeit Offiziere der Wehrmacht waren. Da möchte ich die Großdeutschen aufmerksam machen, darauf zu sehen, wer die 5 Millionen empfängt und was mit dem Gelde bezweckt wird.

Abgeordneter Seehofer: Hohes Haus! Die ununterbrochenen Angriffe, die jetzt seit einer Reihe von Sitzungen gegen führende Mitglieder unserer Partei erhoben werden, sind für uns ein Beweis, umso unerschütterlicher und sicherer zu dieser Führung zu halten. Sie würden sie nicht mit diesem Ingrimm und dieser Gehässigkeit verfolgen, wenn wir auf diese Führung nicht stolz sein könnten. Es ist in der heutigen Sitzung das Gespenst des Kaisers Karl wiederholt erschienen. Sie dürfen wenigen damit im Hause Gruseln gemacht haben. Es ist auch das berühmte Schlagwort von dem Monarchismus der christlichsozialen Partei gekommen. Ich weiß nicht, ob Sie ernsthaft daran glauben. Wenn wir in die Debatte nicht eingegriffen

haben und uns bei dieser Frage zurückgehalten haben, so ist das aus dem Empfinden entsprungen und hervorgegangen: Wir waren loyale Anhänger dieser Dynastie und wir haben keine Ursache, dem toten Löwen nunmehr einen Fußtritt zu verfehen. Wir stehen auf dem Boden unserer Verfassung. Wir haben von der Dynastie gesprochen, weil diese uns Christlichsozialen einst lieb und wert war, und was uns lieb und wert war, da haben wir keine Ursache gehabt, das zu besudeln. Wir haben die Versicherung wiederholt gegeben, daß wir auf dem Boden der Republik stehen und für die Freiheit eintreten, für die wirkliche Freiheit im Staate, allerdings nicht für die Freiheit, die Sie meinen. Das werden Sie mir zugeben, daß Sie entschieden die enger zusammenwohnende Bevölkerung auf Ihrer Seite haben und daß Ihnen die Einschüchterung in der breiten Öffentlichkeit entschieden leichter gefallen ist wie den bürgerlichen Elementen. Daß das etwas war, was den Ausgang zur Heimwehrebewegung genommen hat, das ist eine Selbstverständlichkeit. Die Herren glauben, daß unser Kampf sich ausschließlich gegen die Kommunisten richtet. Nein, er richtet sich aus denselben Gründen, wie gegen den Kommunismus auch gegen Sie. Ich werde das entsprechend begründen. Daß Sie nach politischer Macht streben, das werden Sie nicht bestreiten. Ich glaube, das geben Sie zu. Was wir auf der bürgerlichen Seite zu erwarten hätten, wenn Sie diese politische Macht errungen hätten, das konnten wir im „Arbeiterwille“ nachlesen. Da steht im Aufrufe, der von den maßgebenden Führern Ihrer Partei gezeichnet ist und an die sozialistischen Parteien aller Länder gerichtet ist: „Sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird es überall dort, wo die Bourgeoisie die proletarische Staatsgewalt sabotiert oder sich gegen sie auflehnt, diktatorische Mittel anwenden“ und das ist im weiteren Verlaufe gründlich ausgeführt, wie sie sich das ungefähr vorstellen. (Präsident Regner: „Sind Sie ein Bourgeois?“) Wenn Sie soviel Bourgeois wären wie ich, und mit meinem Einkommen leben müßten, ich weiß nicht, ob Sie damit zufrieden sein würden. Nun kommt die Sache folgendermaßen; was Sie unter Sabotage oder Auflehnung gegen den von Ihnen geschaffenen Staat verstehen, das Ihnen zu überlassen und Ihrem guten Willen, das werden Sie verzeihen, wenn wir da ein bedeutendes Mißtrauen haben und Ihnen nicht blindlings vertrauen. Es wird uns zum Vorwurf gemacht, daß wir mit Kapitalistenkreisen in Verbindung getreten sind, um die Gelder zu bekommen. Auf das Wohlwollen der Herren für Erhaltung der Heimwehren allein können wir auch

nicht rechnen. Ich möchte aufmerksam machen, daß das eine gewisse Vorgeschichte hat. Es hat auch Herr Landesrat Kessel seinerzeit, wie es gegolten hat Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, sich an die Banken gewendet, um von diesen Zuschüsse zu erhalten. Die ganze Sache ist die: das, was Sie damals gemacht haben, das haben wir im Interesse von Ruhe und Ordnung ebenfalls unternommen. Da ist kein Unterschied in der ganzen Sache zu sehen. Wenn Sie sagen, wir sollen wagen gegen einander, wie wir stehen, das haben wir schon getan. Es ist besser zu wissen, wenn wir zum Außersten kommen, uns gut zu wehren, als auf Ihr Wohlwollen angewiesen zu sein.

Ich möchte noch feststellen, es ist von anderer Seite, von der Großdeutschen Partei uns vorgeworfen worden, daß wir und die Herren von der Gegenseite gewissermaßen Parteikämpfe abführen. Dagegen muß ich mich verwahren. Es ist von einem Herrn der Partei behauptet worden, und ich glaube Herr Abgeordneter W i z a n y hat sich in seinen Ausführungen angeschlossen, daß der Kampf der gegenseitigen Anschauungen, wie er zwischen den Herren Sozialdemokraten und uns besteht, ausgetragen werden muß. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Daß das Vertrauen der Wählerschaft nicht stark genug ist, diesen Kampf selbst führen zu können, das ist nicht unsere Schuld, sondern Sache der Wählerschaft. Wir erfüllen unsere Pflicht, und wenn wir den Kampf führen, so führen wir den Kampf deshalb, weil wir Grund haben, den Kampf im Interesse der von uns vertretenen Bevölkerungsschichten zu führen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Landesrat Kessel: Hohes Haus! Ich scheue mich nicht „hohes Haus“ zu sagen, weil, wie ich glaube, jeder Bürger von Österreich und jeder steirische Landesangehörige verpflichtet ist, die oberste Instanz einer Gesetzgebung anzuerkennen und sich nicht selbst, weil er ja Mitglied derselben ist, herabzusetzen und zu beschimpfen. Nur der Herr Kollege K o b a l d, scheint mir, betrachtet ein solches ins eigene Nest Schmeißen als besondere Unabhängigkeit.

Hohes Haus! Es wurde immer wieder gesagt, beweisen, beweisen, daß wir Monarchisten sind. Ich möchte daran erinnern und kann jedem Herrn, der neugierig ist, daran erinnern, daß im „Grazer Volksblatt“ ein Artikel erschienen ist, der über Kommunismus und Republik gehandelt hat, und in dem ganz unverblümt gesagt wurde, daß man ganz gut Monarchist sein könne. Ich glaube, das wird doch ein hinreichender Beweis sein, ohne daß man weitere Tatsachen an-

führt. Meine Herren, das Charakteristische an der ganzen Sache wird immer wieder, indem man die Gelegenheit auf ein Nebengeleise verschiebt, verwischt. Worum handelt es sich eigentlich? Nicht um die Schaffung eines Fonds im Interesse der Allgemeinheit, sondern im Interesse der Besitzenden, und zwar der meißtbesitzenden Klassen. Das kann Ihnen am besten dadurch illustriert werden, wenn ich Ihnen folgendes mitteile: Im November 1918, als das Militär vollständig auseinandergeklaffert war und wir in Graz und auch in der Provinz die Munitionsdepots usw. zu bewachen gehabt haben, haben wir Militärbevollmächtigte einen Aufruf erlassen, daß alle wehrpflichtigen Männer von 18 bis 40 Jahren einrücken sollen, damit die Ordnung aufrecht erhalten werden kann. Es haben sich zirka 2000 Mann gemeldet, davon die meisten in Graz. Nun ist die Demobilisierung gekommen. Als der Befehl wegen der Demobilisierung, nachdem niemand mehr verpflichtet war, weiter zu dienen, verlaublich werden sollte, habe ich diesen Befehl, nachdem wir für die Bewachung verschiedener Objekte notwendig die Mannschaft brauchten, 24 Stunden zurückbehalten. Ich bin in die Kaserne gegangen und habe die Mannschaft gebeten, noch vier Tage zu bleiben, damit wir bis dahin die notwendigen Wachen für die verschiedenen Objekte beistellen können. Die Mannschaft hat dem auch zugestimmt. Mittlerweile ist aber ein seinerzeit in Graz festhaft gewesener Feldwebel aufgestanden, hat die Soldatenräte zusammengesammelt zu einer Versammlung und hat dort gesagt, wir bleiben die vier Tage, wenn jedem von uns, ich weiß nicht wieviel tausend Kronen, zwei Anzüge und ich weiß nicht was sonst noch, gegeben wird. Nun war es unmöglich, diese Forderung zu erfüllen. Ich habe in der Versammlung gegen diese Forderung Stellung genommen; aber trotzdem wurde von derselben der Beschluß gefaßt, die Waffen nicht früher aus der Hand zu geben, bis ihre Forderung erfüllt ist; wird die Forderung nicht erfüllt, werden sie die Banken besetzen. Nun, meine Herren, ich habe davon die Landesregierung verständigt und die Landesregierung ist zusammengetreten — der Herr Landeshauptmann R i n k e l e n wird meine Mitteilung bestätigen müssen — und hat erklärt, wir haben in Graz nichts anderes als die paar bewaffneten Arbeiter, die im Sicherheitsdienste tätig sind, wir können den Soldaten keine andere Macht entgegenstellen, daher müssen wir frachten zu einem Ausgleich zu kommen. Damals war Herr Dr. K a a n Landeshauptmann, und man hat sich unter ihm an die Banken gewendet, damit diese das nötige Geld beistellen. Wir haben damals mit den Soldatenräten in



der Burg verhandelt und haben die Soldaten dazu gebracht, zuzustimmen, daß nur jene eine Unterstützung bekommen sollen, die mittellos sind; aber auch das Geld hiefür mußte aufgebracht werden und die Banken haben sich bereit erklärt, das Geld beizustellen. Nun, meine Herren, ich habe dann die Führer dieser Meuterei durch Studenten und Arbeitererschaft verhaften und nach Kroatien abschieben lassen. Wie aber die Gefahr vorüber war, haben die Banken keinen roten Heller hergegeben, dieselben Banken, die jetzt 5 Millionen Kronen jährlich für die Ausrüstung der Heimwehren hergeben wollen. Die Gemeinde Graz hat damals über 400.000 K ausbezahlt, die Umgebungsgemeinden haben über 100.000 K ausgegeben, welche Beträge ihnen bis heute nicht ersetzt wurden und im Budget des Landes finden Sie einen Titel, wo das Land heute noch für die damals bewilligten Abgaben zur Sanierung dieser Angelegenheit zahlen muß. Nun, meine Herren, woher kommt jetzt auf einmal die ungeheure Liebe der Banken, Millionen herzugeben, die damals nicht vorhanden war, wo Graz tatsächlich vor der Gefahr gestanden ist, von Meuterern und Soldatenbanden besetzt zu werden und unter ihre Herrschaft zu geraten. Woher nehmen die Banken jetzt auf einmal die Bereitwilligkeit? Nun, meine Herren, damals in der Umsturzzeit ist ein öffentlicher Aufruf erschienen an alle, welche spenden wollen für den Wehr- und Sicherheitsfonds zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Trotz dieses öffentlichen Aufrufes sind damals nicht mehr als eine halbe Million Kronen zusammengekommen und jetzt sollen fünf Millionen Kronen jährlich für die Heimwehren gegeben werden. Die gesamte Bevölkerung, die damals verängstigt und verschüchtert war, hat zusammen mit den Banken und dem Großkapital eine halbe Million Kronen hergegeben und jetzt sollen fünf Millionen Kronen jährlich gegeben werden! Diese Feststellung, meine Herren, glaube ich, beweist Ihnen, woran wir mit der ganzen Sache sind. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer hat erklärt, er sei als Privatmann dort gewesen bei dieser Besprechung der Banken und Großindustriellen, er habe dort nur als Privatmann gehandelt und habe keinerlei Veranstaltung übernommen. Ich bitte, meine Herren, haben das die Banken, die Industriellen getan, dann werden wir wissen, woran wir sind. Wir sind aber bis jetzt noch der Überzeugung, daß die ganze Machei nicht von den Banken und Industriellen ausgegangen ist, sondern vom Privatmann Dr. Uhrer, der zugleich Landeshauptmann-Stellvertreter und der eigentliche Macher in der Landesregierung ist; das wissen doch alle. Wer kennt nicht

den Herrn Dr. Uhrer, der alle mit dem Ellenbogen bei Seite schiebt, auch den Landeshauptmann und sagt, das machen wir und das muß geschehen? Wenn nun der maßgebende Mann der Landesregierung sich zu einer solchen Veranstaltung begibt, dann identifiziert sich die Landesregierung mit den Kapitalisten und das ist eine Aufreizung der Arbeitererschaft.

Feststellen möchte ich noch zum Schlusse, daß die Heimwehren seit dem Umsturze bestehen und wir auf eine Regelung der Heimwehrfrage schon im Jahre 1919 gedrungen haben, und daß daher die Ausrede, Sie hätten die Heimwehren ausgerüstet, weil die Arbeiterwehren ausgerüstet worden seien, hinfällig ist. Der Beweis hiefür kann dadurch erbracht werden, daß Ende Dezember des Jahres 1919 auf der sozialdemokratischen Landeskonzferenz der Beschluß gefaßt wurde, zu verlangen, daß die Heimwehren abgerüstet werden, widrigenfalls die Arbeitererschaft gezwungen wäre, sich ebenfalls Waffen zu verschaffen und sich militärisch zu organisieren. Der Beschluß, Arbeiteralarmbataillone zu gründen ist gefaßt worden in einer Zeit, wo wir alle zusammengearbeitet haben für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und wurde erst in dem Momente verwirklicht, wo Sie die Heimwehren gegen die Arbeiter ausgerüstet haben und nun aber treten Sie in Verbindung mit den Kapitalisten und der Schluß kann sein, daß jene, die wir alle zusammen bekämpfen wollen über uns triumphieren werden, die den Herrn Karl herbeiwünschen.

Präsident Kölbl: Nachdem sich niemand mehr zum Worte gemeldet hat und auch kein formeller Antrag vorliegt, ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir gelangen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage der Abgeordneten Steffi Walter.

Zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich der Frau Abgeordneten Steffi Walter das Wort.

Abgeordnete Walter: Hohes Haus! Die Umwälzung unseres Wirtschaftslebens hat es mit sich gebracht, daß die Frauen und Mädchen sich alle beruflich ausbilden und betätigen müssen. Die einzige und größte Schule, die wir im Lande auf dem gewerblichen und wirtschaftlichen Gebiete besitzen, um die Frauen zu produktiver Arbeit heranzubilden, ist die Frauengewerbe-, Koch- und Haushaltungsschule in Graz, Entenplatz Nr. 3. Diese Schule kämpft aber seit ihrem Bestande mit den größten finanziellen Schwierigkeiten und deshalb mußte der steiermärkische Gewerbeverein, der die Schule gegründet hat, sie aber nicht weiter führen kann, sich an die Landesregierung wenden und es wurde zur Weiterführung ein Kuratorium eingesetzt,

welches aber ebenfalls unter den schwierigsten finanziellen Sorgen zu leiden hatte. An eine Ausgestaltung der Schule konnte niemals gedacht werden, weil die nötigen Schulbeihilfe fehlten; auch die Lehrkräfte konnten nur im bescheidensten Maße bezahlt werden und bleiben nur an der Schule mit Rücksicht auf die angestrebte Verstaatlichung. Diese wurde sowohl mündlich als auch schriftlich bereits versprochen, ist aber nun ins Stocken geraten. Inzwischen haben sich die Verhältnisse der Schule so zugespitzt, daß das Kuratorium, sowie auch die Lehrkörper nicht imstande sind, die Schule weiterzuführen, und wenn die Verstaatlichung nicht Ende April erfolgt, so kann mit 1. Mai der Schulbetrieb nicht mehr aufrecht erhalten werden. Dadurch würden über 200 Familien, deren Töchter die Schule besuchen, einen großen wirtschaftlichen finanziellen Schaden erleiden. Um die Verstaatlichung der Schule endlich zu erreichen, verlangt das Bundesministerium für Handel, Gewerbe, Industrie und Banken vor allem eine bindende Erklärung bezüglich der Lösung der Raumfrage. Diese ist für die Schule katastrophal. Sieben Klassen sind in fünf Räumen untergebracht und im Herbst sollen noch einige neue Parallelklassen infolge Überfüllung errichtet werden. Weiters fordert die Bundesregierung, daß das sachliche Erfordernis durch die lokalen Faktoren gedeckt werde und sind diese auch bereits perzentuell von den betreffenden Faktoren übernommen. Es handelt sich nur mehr darum, die Raumfrage zu lösen. Im Hinblick darauf, daß diese Schule für die Frauen und Mädchen für alle Bevölkerungskreise des ganzen Landes von großer Wichtigkeit ist, gestatte ich mir die Anfrage (liest):

1. Ist der Herr Landeshauptmann gewillt, durch rascheste Einberufung einer Kommission diese Raumfrage zu einer endgültigen Lösung zu bringen?

2. Ist er gewillt, seinen Einfluß beim Bundesministerium geltend zu machen, daß diese Schule bis Ende des Monats April verstaatlicht wird?

Präsident Kölbl: Zur Beantwortung erteile ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Landeshauptmann Dr. Rinkelen: Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache, erlaube ich mir, die Interpellation der Frau Vorrednerin sofort zu beantworten: Da die Schließung der Schule ohne rasche Hilfe von Staat, Land und Gemeinde am 1. Mai erfolgen müßte, habe ich mich bereits schriftlich und telephonisch an das Ministerium gewendet, daß die Staatshilfe schleunigst durchgeführt werden soll. Bezüglich der Raumfrage steht der Landesregierung nur ein be-

chränkter Wirkungskreis zu; aber ich werde diese Frage auch im Rahmen der Kompetenz der Landesregierung entsprechend betreiben. Inzwischen hat der Bundesminister eine rasche Intervention zugesichert und auch eine günstige Lösung der Wohnungsfrage wird in nächster Zeit stattfinden. Was das Land anbelangt, so hat das Land beschlossen, zu den Kosten ein Drittel beizutragen. Ich habe die Angelegenheit sowohl schriftlich wie telephonisch beim Bundesministerium in Wien betrieben.

Präsident Kölbl: Wünscht noch jemand in dieser Angelegenheit das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Dieser Punkt der Tagesordnung ist daher erledigt.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Folgende Anträge wurden überreicht: (Verliest die Überschriften, siehe Verzeichnis Seite 146.)

Diese Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Folgende Anfragen wurden eingebracht: (Verliest die Überschriften, siehe Verzeichnis Seite 146.)

Diese Anfragen werden sogleich zugestellt werden.

Die nächste Sitzung des hohen Hauses findet Dienstag, den 5. April um 11 Uhr vormittags statt mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl eines Mitgliedes in die Kommission der Seeresverwaltungsstelle an Stelle des Abgeordneten Franz W i z a n y.

2. Wahl je eines Mitgliedes des Gemeinde- und Verfassungsausschusses und des Straßen- und Brückenbauausschusses und eines Ersatzmannes des volkswirtschaftlichen Ausschusses anstatt des Abgeordneten Josef G u t m a n n.

3. Bericht des Finanzausschusses, Beilage Nr. 106, über den Voranschlag des steiermärkischen Landesfonds für das Jahr 1921, Beilage Nr. 40.

Wird gegen diese Tagesordnung eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause.) Es ist nicht der Fall, die Tagesordnung ist daher genehmigt. Ich ersuche die Ausschüsse dringend, die ihnen zugewiesenen Angelegenheiten, wenn noch irgendwie möglich, im Laufe dieser Woche zu erledigen.

Ausschusssitzungen wurden folgende angemeldet: Unterrichtsausschuß am 5. April um 9 Uhr vormittags, Finanzausschuß morgen, Donnerstag um 9 Uhr vormittags, Gemeinde- und Verfassungsausschuß ebenfalls morgen 9 Uhr vormittags und volkswirtschaftlicher Ausschuß Dienstag, den 5. April nach der Hauptsitzung, Landeskulturausschuß, morgen um 2 Uhr nachmittags.

Hiermit ist die Sitzung geschlossen. (Schluß der Sitzung um 3 Uhr 25 Min. nachmittags.)

### Anhang.

#### I.

#### Anfrage

der Abgeordneten Primus, Enserer und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend Verhalten der Finanzlandesdirektion Graz in einer Wohnungsangelegenheit.

Der beim Steueramte Leoben angestellte Steuerdirektor Rudolf Müller wurde im Februar 1921 nach Knittelfeld übersetzt. Das Steueramt ersuchte den Wohnungsausschuß der Stadtgemeinde Leoben, dessen Wohnung für seinen Nachfolger bereit zu halten. Das städtische Wohnungsamt erwiderte darauf, daß über die frei werdende Wohnung des Steuerdirektors Müller im Sinne der Kundmachung der Landesregierung vom 7. August 1920, L.-G.-Bl. Nr. 182, verfügt werden müsse. Daraufhin richtete unter dem 18. Februar 1921 die Bezirkssteuerbehörde Leoben an den Wohnungsausschuß der Stadtgemeinde Leoben eine Zuschrift, worin auf Grund einer Weisung des Bundesministeriums für Finanzen, beziehungsweise eines Erlasses der Finanzlandesdirektion Graz die fragliche Wohnung im Interesse der Aufrechterhaltung des Dienstes beim Steueramte Leoben für den Nachfolger des Steuerdirektors Müller angefordert und mit Beschlagnahme belegt wurde. Gleichzeitig richtete die Finanzlandesdirektion unter dem 24. Februar 1921 eine Zuschrift an die steiermärkische Landesregierung (Burg), worin das Ersuchen gestellt wird, auf das Stadtgemeindecamt Leoben wegen Zuweisung der Wohnung des Direktors Müller an dessen Nachfolger Einfluß zu nehmen, zugleich aber für den Fall, als die Stadtgemeinde Leoben hierauf nicht einginge, mit Gegenmaßnahmen, allenfalls Einstellung der Umlageneinhebung gedroht wird.

So wenig nun das dienstliche Interesse an der Versorgung einer Wohnung für den Nachfolger des Steueramtsdirektors Müller verkannt werden soll und so sehr das Stadtgemeindecamt stets bestrebt ist, bei Wohnungszuweisungen möglichst das Entgegenkommen und Rücksichtnahme auf öffentliche Interessen zu bewahren, so muß doch das Vorgehen der Finanzbehörden im vorliegenden Falle auf das schärfste zurückgewiesen werden. Kein Gesetz gibt den Finanzbehörden das Recht, irgend eine Wohnung, sei es auch die eines Beamten der Finanzverwaltung, für andere Beamte anzufordern und mit Beschlagnahme zu belegen

und gänzlich ungesetzlich ist die Drohung, die Einhebung der Landesumlagen einzustellen, da die Gemeindeumlagen gemäß Gesetz vom 15. Jänner 1873, L.-G.-Bl. Nr. 6, von denjenigen Organen eingehoben werden müssen, welche die Landesumlagen einheben, so daß die Steuerämter verpflichtet sind, die Einhebung und Abfuhr der Gemeindeumlagen zu besorgen.

Die Befertigten richten daher an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage:

„Ist der Herr Landeshauptmann bereit, die Finanzlandesdirektion Graz nachdrücklichst aufmerksam zu machen, daß ihr ein Anforderungs- und Beschlagnahmerecht von Wohnungen nicht zusteht, und daß die Steuerämter zur Einhebung der Gemeindeumlagen verpflichtet sind, nicht aber die Erfüllung dieser gesetzlichen Verpflichtung von irgendwelchen Gegenleistungen der Gemeinden abhängig gemacht werden kann?“

Hans Primus.

Max Enserer.

Dr. W. Dantine.

Steffi Walker.

F. Rieckh.

#### II.

#### Anfrage

der Abgeordneten Fröhlich und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die im Grazer Landhauskeller wiederholt vorkommenden reaktionären, monarchistischen Demonstrationen.

Von zuverlässlich einwandfreier Seite wurden wir aufmerksam gemacht, daß einige reaktionäre, ehemalige Offiziere und anderes monarchistisches Gesindel, den Grazer Landhauskeller schon wiederholt zum Schauplatz ihrer reaktionären, monarchistischen Demonstrationen benützt haben.

Die dort täglich konzertierende Hauskapelle muß das Kaiserlied spielen; die Gäste werden aufgefordert, sich von den Sitzplätzen zu erheben und mitzufingen. Wer nicht mitklingt, oder als freier republikanischer Staatsbürger sich etwa erkühnt, seiner gerechten Enttäuschung durch Pfeifen oder Psuirufe Ausdruck zu verleihen, wird von dieser reaktionären Horde tödlich insultiert und aus dem Lokal hinausgeworfen. So erging es fünf Gästen am 18. Februar 1921 und zwei anderen Gästen einige Tage vorher. Einer von diesen Gästen erhielt dabei von rückwärts einen derben Schlag ins Gesicht.

Wir können nicht annehmen, daß diese Vorfälle, die sehr leicht den Anlaß zu Ruhestörungen und blutigen Erzessen geben können, dem Herrn Landes-

hauptmann unbekannt geblieben sind und stellen daher die Anfrage:

„Was wurde durch den Herrn Landeshauptmann veranlaßt, damit künftighin solche aufreizende, reaktionäre, monarchistische Demonstrationen, die nur allzu leicht die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gefährden, verhindert und der Republik treu ergebene Staatsbürger vor tätlichen Insulten geschützt werden?

Graz, am 30. März 1921.

P. Eirelberger.

Ludwig Pörtl.

Julius Fröhlich.

Michael Ruschak.

Regner.

III.

Anfrage

der Abgeordneten Regner, Eirelberger, Fröhlich und Genossen an den Herrn Landeshauptmann über das Schicksal der von Seite der Stadtgemeinde Knittelfeld an die Landesregierung (Burg) gerichteten Zuschrift, betreffend die Anforderung von Lagergründen in Knittelfeld.

Ein großer Teil des Militärlagers in Knittelfeld ist von den Ministerien für soziale Fürsorge und für Verkehrswesen zu dem Zwecke erstanden worden, um die darauf befindlichen Baracken in Notwohnungen umzugestalten. Etwa 70 Baracken sind auch bereits fertiggestellt und von etwa 1600 Leuten bewohnt. Die vom Bundesministerium für Verkehrswesen erworbenen Baracken sind im Ausbau begriffen und sollen etwa 400 Personen zur Unterkunft dienen.

Um die Rechtsverhältnisse bezüglich der Lagergründe endlich einer Lösung zuzuführen, hat die Stadtgemeinde Knittelfeld bereits im Herbst 1920 eine Zuschrift an

die Landesregierung gerichtet, darin wurden die Lagergründe für den Bau von Notwohnungen angefordert und gleichzeitig auch die Notwendigkeit der Anforderung eingehend begründet. Die Abteilung für Sachabrüstung hat diese Lagergründe jedoch den Besitzern zurückgegeben, obwohl mit Herrn Landesrat Prisching seinerzeit vereinbart wurde, daß nur die außer dem Lager liegenden Grundstücke zurückzustellen sind und obwohl protokolларisch festgestellt wurde, daß jene Parzellen, auf welchen sich Notstandsbauten befinden, so lange als dieselben unbedingt benötigt werden, nicht zurückgegeben werden.

Nachdem die Anbauzeit herannah und den Grundbesitzern eine Erledigung über die Anforderung der Gemeinde nicht zugekommen ist, kommt es wiederholt zu heftigen Reibereien zwischen den Bewohnern der Baracken und den Grundbesitzern und sind bedenkliche Ausschreitungen zu befürchten.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage:

„Ist der Herr Landeshauptmann bereit, die Landesregierung zu verhalten, daß die erwähnte, bereits im Herbst 1920, und zwar rechtzeitig vorgelegte Eingabe im Sinne des Gesetzes zustimmend erledigt werde?

Graz, im März 1921.

Regner.

P. Eirelberger.

Fürbach.

Hans Primus.

Johann Leichin.

Karl Gföller.

Anton Weirelberger.

Fritz Krawagna.

Sonnhammer.

A. Saringer.